



Jana Faus, Matthias Hartl

STADT – LAND – GUT?

Rheinland-Pfalz im gesellschaftlichen
und wirtschaftlichen Wandel



**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

Regionalbüro
Rheinland-Pfalz/Saarland

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- Politikberatung
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
- Begabtenförderung
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Das Regionalbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Mainz bietet für die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland Veranstaltungen zur politischen Bildung und Dialoge zu gesellschaftspolitischen Themen an: von öffentlichen Diskussionsforen über Ausstellungen, Exkursionen und Jugendbeteiligungsprojekte bis hin zu Kompetenztrainings und Wochenendseminaren.

Jana Faus, Matthias Hartl

STADT – LAND – GUT?

Rheinland-Pfalz im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel

INHALT

1. VORWORT DER HERAUSGEBERIN	2
2. EINLEITUNG	3
3. METHODE	5
Fokusgruppen	5
Repräsentation geographischer Diversität	5
Repräsentation sozio-demographischer und -ökonomischer Diversität	5
4. ÜBERBLICK: DIE STIMMUNG AN DEN EINZELNEN STANDORTEN	8
4.1 Städtisch geprägte Regionen im andauernden Strukturwandel	8
4.2 Dynamische Groß- und Mittelstädte mit Exklusionsgefahr	10
4.3 Deutschlands solide Mitte in Rheinland-Pfalz	12
5. STIMMUNG IN RHEINLAND-PFALZ	14
Kohärentes positives Stimmungsbild trotz regionaler Identitäten	14
Der soziale Zusammenhalt in Rheinland-Pfalz gilt als intakt	15
Rheinland-Pfalz gilt im Bundesvergleich als „Mittelklasse“	15
Große Unterschiede bei den Zukunftserwartungen	16
6. WAHRNEHMUNG DER LANDESPOLITIK	17
Die Landespolitik zwischen Kommunal- und Bundespolitik	17
Bewertung der aktuellen Landespolitik	18
7. THEMEN IN RHEINLAND-PFALZ	20
7.1 Bildung & Familien	20
7.2 Wirtschaft & Arbeit	23
7.3 Infrastruktur & Mobilität	25
7.4 Wohnen	27
7.5 Gesundheit	28
7.6 Umweltschutz & Klima	30
8. FAZIT	32
Insgesamt positives Bild, aber von der Landespolitik wird in der Zukunft Innovationskraft erwartet	32
Strukturschwächere Regionen erwarten Unterstützung	32
Es werden innovative Konzepte erwartet, um Stadt-Land-Unterschiede zu verringern	33
Es wird ein verstärkter Fokus auf die Bildungspolitik erwartet	33
Zunehmende regionale Unterschiede machen regionale Ansprache notwendig	33
Literaturverzeichnis	34
Abbildungsverzeichnis	35
Die Autor_innen	35

1.

VORWORT DER HERAUSGEBERIN

Seit Jahrzehnten beobachten Soziolog_innen eine Ausdifferenzierung der deutschen Gesellschaft und die Auflösung weitgehend homogener Milieus, in denen ähnliche politische Einstellungen vorzufinden sind. Diese gesellschaftliche Ausdifferenzierung hat neben einer sozialen und einer kulturellen auch eine geografische Dimension, die bundesweite Befragungen von 1.000 Personen nicht erfassen können. Einstellungsunterschiede auf engem Raum bleiben so verborgen, weshalb Regionalstudien die großen bundesweiten Einstellungsuntersuchungen sinnvoll ergänzen können.

Denn: Im föderalen System Deutschlands haben die Bundesländer nicht nur ein starkes Interesse an der Gestaltung ihrer politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung, sondern auch den nötigen politischen und gesetzlichen Spielraum auf landes- und kommunalpolitischer Ebene, um Rahmenbedingungen in wichtigen politischen Themenfeldern zu schaffen.

Die Globalisierung von Wirtschaftsströmen, neue Handelskonflikte, und die immer dringendere Frage, wie Umwelt und Klima für kommende Generationen geschützt werden können, setzen auch das stabile demokratische und föderale Gesellschaftssystem in Deutschland unter Druck. Die Wahlen in einigen Bundesländern haben gezeigt, dass in vielen Regionen die Unzufriedenheit und ein Gefühl der Angst bei Menschen aller gesellschaftlichen Gruppen vorherrschen – Rentner_innen, Arbeitssuchende genauso wie Angestellte mit festen Einkommen machen sich Sorgen, dass ihr Lebensstandard (weiter) sinkt.

In Rheinland-Pfalz ist der Strukturwandel – ausgelöst vom tief greifenden Wandel der Arbeitswelt durch digitale Technologien und den anhaltenden Klimawandel – auf unter-

schiedliche Weise in den urbanen und ländlichen Regionen spürbar. Zusätzlich zu diesem schnellen Wandel in der Arbeitswelt müssen sich die Menschen seit fast einem Jahr mit den zahlreichen von der Covid-19-Pandemie verursachten Einschränkungen auseinandersetzen. Ihre Wahrnehmung und Einstellungen zum Beispiel zu Gesundheitsversorgung und Bildung spiegeln die Herausforderungen wider, die die Politik in Krisenzeiten wie diesen zu lösen hat.

Daher gilt es umso mehr, die Bevölkerung an wichtigen politischen Entscheidungen teilhaben zu lassen und sie umfassend zu informieren, um dem Erstarken rechtspopulistischer Strömungen frühzeitig und konstruktiv entgegenzuwirken.

Die Politik der demokratischen Parteien muss angesichts dessen mehr denn je sich sowohl um die konkreten Alltagsorgen der Menschen kümmern als auch das eigene Tun verständlich und dialogisch kommunizieren, damit sich Politikverdrossenheit nicht in Demokratieabkehr steigert. Somit trägt die vorliegende Studie sowohl zur gemeinwohlorientierten Politikberatung als auch zur Schärfung der eigenen politischen Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung bei, denn nur wer weiß, was die Menschen über Politik und über ihre Region denken, kann ein politisches Bildungsangebot entwickeln, das thematisch und methodisch anspricht.

Wir hoffen, diese Studie findet Ihr Interesse und ermöglicht einen fundierten Dialog und Ideenaustausch über den notwendigen demokratischen politischen Gestaltungsraum einer innovativen und sozial gerechten Zukunft in Rheinland-Pfalz.

Brigitte Juchems
Friedrich-Ebert-Stiftung
Regionalbüro Rheinland-Pfalz/Saarland

2.

EINLEITUNG

Das demokratische, politische und gesellschaftliche System Deutschlands ist im internationalen Vergleich zwar relativ stabil, aber unter anderem durch weltweite Entwicklungen wie neue Handelskonflikte, den Klimawandel und die Globalisierung von Kommunikation und Wirtschaft deutlich unter Druck geraten. Der Wandel der Arbeitswelt beispielsweise durch Digitalisierung und Abstiegsängste erhöht diesen Druck zusätzlich. Im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland kommt den Bundesländern eine besondere Bedeutung zu. Sie haben sowohl den nötigen politischen und gesetzlichen Spielraum, um kommunal und landespolitisch die Rahmenbedingungen in wichtigen politischen Themenfeldern zu schaffen, als auch ein starkes Interesse an der Gestaltung der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung. Themen wie innere Sicherheit, Bildung, Wirtschaft oder Verkehr liegen im Handlungsbereich der Landespolitik (Sturm 2013). Politik und das Ergebnis politischer Handlungen sind durch kommunale und landespolitische Entscheidungen vielfach im Alltag der vor Ort lebenden Menschen spürbar. Insbesondere Kommunen haben einen starken Einfluss auf die Lebensqualität ihrer Bürger_innen, indem sie deren direktes Lebensumfeld prägen und gestalten (Fliedner 2019: 15).

Die Mehrheit der Bevölkerung von Rheinland-Pfalz lebt im ländlichen Raum. Damit ist ihr Zugang zu Angeboten an Arbeitsplätzen und öffentlicher Infrastruktur teilweise eingeschränkt. Gleichzeitig lässt sich ein Trend zur Urbanisierung feststellen, wie man ihn auch in anderen Gegenden Deutschlands beobachten kann. In einigen Ballungszentren (zum Beispiel Mainz und Koblenz) führt das dazu, dass die Gefahr der Exklusion bestimmter Bevölkerungsgruppen wächst, beispielsweise, weil kaum noch bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist.

Rheinland-Pfalz steht als Flächenland vor der Herausforderung, regionale Unterschiede und Entwicklungen durch politische Rahmensetzung und Infrastrukturmaßnahmen auszugleichen, um ein zum Teil starkes Gefälle bei Einkommen, Zugang zu

Bildung, Arbeitsplatzangeboten oder digitalen Diensten zwischen den verschiedenen Regionen zu reduzieren.

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft hat sich in den letzten Jahren – wenn man die Corona-Pandemie außer Betracht lässt – insgesamt positiv entwickelt. Das Bundesland steht aber, wie die folgenden Beispiele zeigen, vor weitreichenden Veränderungen:

- Laut Prognosen des Statistischen Landesamts wird die Bevölkerung bis zum Jahr 2040 schrumpfen. Diese prognostizierte Bevölkerungsentwicklung betrifft die einzelnen Regionen jedoch sehr unterschiedlich. Während in bestimmten Landesteilen ein Rückgang von bis zu 12 % erwartet wird, geht man davon aus, dass die Bevölkerung entlang der Rhein-Main-Schiene zunehmen wird (Böckmann et al. 2019: 11).
- Nach der Analyse verschiedener Indikatoren wird das Bundesland Rheinland-Pfalz in puncto Infrastruktur – also in Bezug auf Breitbandausstattung, Ärztedichte, kommunale Schulden und Immobilienpreise – als gefährdet angesehen (Oberst et al. 2019: 90 ff.). Rheinland-Pfalz schneidet in diesen Bereichen im bundesdeutschen Durchschnitt schlecht ab. Bleiben diese Indikatoren auf dem niedrigen Niveau, besteht die Gefahr, dass Rheinland-Pfalz abgehängt wird (Oberst et al. 2019: 89). Es besteht folglich ein dringender Handlungs- und Entwicklungsbedarf. Dabei sollte jedoch nicht nach dem Gießkannenprinzip vorgegangen, sondern problembezogene politische Instrumente entwickelt sowie die regionale Handlungsfähigkeit gestärkt werden (Oberst et al. 2019: 110).
- Auch wenn die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt in Deutschland noch nicht vollständig abzusehen sind, steht fest: Die Digitalisierung wird den Arbeitsmarkt und die Arbeitsinhalte nachhaltig verändern. Dabei

ist Digitalisierung zwar mit Chancen verbunden, wird aber mitunter als Bedrohung empfunden (Arnold et al. 2015: 16 ff.). So geht Digitalisierung häufig mit gesteigerten Arbeitsanforderungen einher und bedarf der Bereitschaft, sich fortzubilden und neue Kompetenzen zu erwerben (Bonin et al. 2015: 26).

- Daneben könnten bestimmte Arbeitsplätze infolge der Digitalisierung wegfallen. Dieser Effekt wird als Substituierbarkeitspotenzial bezeichnet. Unklar ist jedoch, wie hoch dieses Potenzial ausfällt. Man geht jedoch davon aus, dass besonders die Arbeitsplätze von Personen mit niedrigem Bildungsniveau durch die Digitalisierung bedroht sind (Bonin et al. 2015: 16). Der Erwerb von Kompetenzen sollte daher durch Bildungsangebote und eine sozial gerechte Arbeitsmarktpolitik sichergestellt werden.
- Unabhängig von den Kompetenzen führt der unterschiedliche Ausbau der digitalen Infrastruktur dazu, dass in bestimmten Regionen des Bundeslands der Zugang zu digitalen Angeboten erschwert ist, weil nicht flächendeckend schnelles Internet zur Verfügung steht. Denn bei der Breitbandversorgung der Haushalte, also der Verfügbarkeit eines Anschlusses von mindestens 50 Megabit pro Sekunde, zeigen sich regionale Unterschiede. Während der Nordosten des Landes über eine gute bis sehr gute Abdeckung verfügt, ist im Süden und Westen des Landes teilweise nur für die Hälfte bis ein Fünftel der Haushalte ein Anschluss von mindestens 50 Megabit pro Sekunde verfügbar. Zusätzlich lassen sich in diesen Regionen nur wenige Verbesserungen in der Breitbandversorgung verzeichnen (Demary et al. 2019: 222 f.).
- Die Landkreise und kreisfreien Städte mit der in Deutschland höchsten Pro-Kopf-Verschuldung bei kommunalen Kassenkrediten liegen unter anderem in Rheinland-Pfalz. So zählen die Landkreise Kusel und Kaiserslautern zu denen mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung bei kommunalen Kassenkrediten. Eine hohe Verschuldung durch Kassenkredite kann Folge einer geringen Wirtschaftsleistung und der damit verbundenen geringeren Steuereinnahmen sein, sie wirkt sich negativ auf die Wirtschaftsdynamik in den entsprechenden Regionen aus, da häufig versucht wird, die Schulden durch eine Steuererhöhung auszugleichen (Beznoska & Henzte 2019: 199 ff.). Rheinland-Pfalz steht vor der Herausforderung, die Verschuldung der Kommunen in den betreffenden Regionen zu senken, ohne die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort negativ zu beeinflussen. Denn den Kommunen obliegen zentrale Aufgaben in der Versorgung der Bürger_innen (zum Beispiel Infrastruktur oder Bildung), die für deren Lebensqualität entscheidend sind (Beznoska & Henzte 2019: 198).

- Die Bekämpfung des Klimawandels erfordert nachhaltigere und umweltfreundlichere Lösungsansätze für Mobilität, Energiegewinnung und Produktion. Gleichzeitig muss die Bevölkerung in den ländlichen Räumen zum Teil lange Anfahrtswege zu Arbeitsplätzen bewältigen, und zwar mangels öffentlicher Verkehrsmittel mit dem eigenen Auto (Küpper 2011: 153).

Politik und Gesellschaft stehen also in Rheinland-Pfalz vor großen Herausforderungen, die durch die Auswirkungen der Corona-Krise teilweise noch verstärkt oder beschleunigt wurden. Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist bestrebt, politische und gesellschaftliche Akteur_innen bei der positiven Gestaltung des Strukturwandels und der sozial-ökologischen Transformation des Bundeslands zu unterstützen. Deshalb hat die Stiftung von der Beratungsagentur pollytix strategic research eine qualitative Studie durchführen lassen, die als Grundlage für die politische Bildungs- und Beratungsarbeit sowie als Handlungsempfehlung für politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entscheidungsträger_innen dient.

Im Juli 2020 führte pollytix daher Fokusgruppen in elf unterschiedlichen Regionen von Rheinland-Pfalz durch. Diese Fokusgruppen, die jeweils einen aussagekräftigen Querschnitt der Bevölkerung abbildeten, diskutierten über zentrale politische und gesellschaftliche Themenfelder wie Bildung & Familienpolitik, Wirtschaft & Arbeit, Infrastruktur & Mobilität, Wohnen, Gesundheit sowie Umweltschutz & Klimapolitik.

Die qualitative empirische Untersuchung orientierte sich dabei an folgenden Leitfragen: Wie ist die Stimmung in der jeweiligen Region? Welche Themen beschäftigen die Rheinland-Pfälzer_innen? Wie schätzen sie die Zukunft ihrer Region und des Bundeslands ein? Wie zufrieden sind sie mit der Landespolitik im Allgemeinen? Und was erwarten sie von der Politik?

Ziel der vorliegenden Studie ist, einen Blick auf Rheinland-Pfalz und seine Regionen zu werfen, die sich in ihrer wirtschaftlichen und infrastrukturellen Situation voneinander unterscheiden. Aktuell ist zu befürchten, dass die regionalen Herausforderungen durch die Auswirkungen der Corona-Krise noch verschärft werden. So blickt Rheinland-Pfalz auf einen langen Strukturwandel zurück, der wahrscheinlich im Bereich Digitalisierung durch die Corona-Krise einen nächsten Schub erhält. Wie aufgeführt, sind es ebendiese regionalen Disparitäten, die eines detaillierten Blickes bedürfen und für deren Ausgleich es passgenauer und problemorientierter Instrumente bedarf. Die Einstellungen der Rheinland-Pfälzer_innen zum gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel in Rheinland-Pfalz zu erforschen – wie es diese Studie leistet –, ist daher von höchster Aktualität und Relevanz.

3.

METHODE

Da Themen wie die Lebensrealität, Zukunftseinschätzungen, Ängste und Sorgen, Hoffnungen und Erwartungen sowie gesellschaftspolitische Fragestellungen und Themenfelder stark in einen sozialen Kontext eingebettet sind, liegt es nahe, diese auch in einem sozialen Setting zu untersuchen. Deshalb wurden für die Studie elf zweistündige Fokusgruppen mit je fünf bis neun in Rheinland-Pfalz wahlberechtigten Personen durchgeführt. Die Fokusgruppen fanden zwischen dem 6. und dem 14. Juli 2020 statt.

Die Gruppen wurden aufgrund der Corona-Pandemie online als Videokonferenzen durchgeführt, um Menschen mit erhöhtem Risiko oder größerer Vorsicht nicht systematisch auszuschließen. Die Fokusgruppen bildeten einen Querschnitt der Bevölkerung ab, zu ihnen gehörten auch Personen, die nicht über die nötige technische Ausstattung verfügten, um aktiv an einer Videokonferenz teilzunehmen. Um diese Personen dennoch in den Fokusgruppen befragen zu können, wurde zusätzlich die Möglichkeit geschaffen, sich telefonisch an den Diskussionen zu beteiligen. Einer systematischen Verzerrung durch Ausschluss bestimmter Personengruppen konnte so wirksam vorgebeugt werden.

Fokusgruppen

Fokusgruppen sind Gruppendiskussionen, die durch professionelle Moderation ein bestimmtes Thema „fokussieren“. Durch Fokusgruppen werden Diskussionen simuliert, wie sie täglich millionenfach in Deutschland geführt werden. Zugleich stellt ein Leitfaden sicher, dass die zentralen Fragestellungen zur Sprache kommen, die dem Forschungsinteresse zugrunde liegen.

Repräsentation geografischer Diversität

Das im Südwesten Deutschlands gelegene „Bindestrichland“ Rheinland-Pfalz grenzt an Frankreich, Luxemburg und Belgien. Im Norden grenzt es an Nordrhein-Westfalen, im Osten an Hessen und Baden-Württemberg. Es entstand 1946 durch die Vereinigung der westlichen Teile Hessens, des bayerischen Regierungsbezirks Pfalz und des südlichen Teils der preußischen Rheinprovinz.

Heute gliedert sich Rheinland-Pfalz in verschiedene Regionen: Im Norden finden sich der Westerwald und ein Teil des Siegerlands, im Osten der Taunus und Rheinhessen, im Süden die Pfalz, im Westen die Eifel und in der Mitte der Hunsrück und Mosel-Saar. Es lassen sich drei besondere Ballungsgebiete finden: das Neuwieder Becken, das Rhein-Main-Gebiet und das Rhein-Neckar-Dreieck.

Die verschiedenen Regionen haben unterschiedliche historische Entwicklungen hinter sich, die besonders in der jüngeren Vergangenheit von der deutschen Nachkriegsgeschichte und den Besatzungsmächten geprägt sind.

Auch hinsichtlich der Wirtschaftsstruktur ist Rheinland-Pfalz heterogen: Obwohl Rheinland-Pfalz zuvorderst vom Weinbau dominiert ist, ist der Industrieanteil an der Wirtschaftsleistung höher als im Bundesdurchschnitt. Neben Industrie und Mittelstand spielt der Tourismus eine entscheidende Rolle. Zu den bedeutendsten Branchen gehören die chemische Industrie (besonders BASF in Ludwigshafen), die pharmazeutische Industrie (besonders Boehringer Ingelheim) und der Fahrzeug- und Maschinenbau (besonders Daimler in Wörth am Rhein). Diese finden sich vor allem im Süden des Landes.

Um die geografische Diversität des Bundeslands abzubilden, fand jede Fokusgruppe in einer anderen Region statt.

Die Auswahl der Standorte sollte das Bundesland möglichst in seiner Breite abbilden und die unterschiedlichen regionalen Mentalitäten einfangen: Es wurden Fokusgruppen mit Menschen aus Trier, Kaiserslautern, Ludwigshafen, Landau in der Pfalz, Mainz, Koblenz, Rheinhessen, Rhein-Lahn-Kreis, Kusel, Altenkirchen und Neuwied durchgeführt (siehe Abbildung 1).



Der „Sozioökonomische Disparitätenbericht“ (Fink et al. 2019) der Friedrich-Ebert-Stiftung liefert eine umfassende Bestandsaufnahme der sozioökonomischen Ungleichheit in Deutschland und zeigt für Rheinland-Pfalz deutliche Disparitäten. Er deckt die unterschiedlichen Problemlagen verschiedener Regionen auf und weist auf das daraus resultierende Spaltungspotenzial und den schwindenden sozialen Zusammenhalt hin. Deshalb erfolgte die Auswahl der Standorte nicht nur rein geografisch begründet, sondern auch anhand von vier Indikatoren, mit denen die unterschiedlichen Perspektiven des Bundeslands eingefangen werden sollten: Arbeitslosigkeit, Bildung, Einkommen und Raumtyp (siehe Abbildung 2).

Durch die Auswahl der Standorte konnten drei von fünf Raumtypen abgebildet werden:

- Städtisch geprägte Regionen im andauernden Strukturwandel: Diese Regionen sind vom Strukturwandel betroffen. Häufig ist die kommunale Handlungsfähigkeit wegen einer hohen Schuldenlast eingeschränkt. Aufgrund der städtischen Struktur verfügen die Regionen in der

Regel über eine gute Versorgung und Infrastruktur, häufig sind jedoch soziale Problemlagen vorhanden, die sich etwa in geringerer Lebenserwartung und Wahlbeteiligung widerspiegeln. Diese Regionen wurden durch die Untersuchungsorte Trier, Kaiserslautern und Ludwigshafen abgebildet.

- Dynamische Groß- und Mittelstädte mit Exklusionsgefahr: Diese Regionen verfügen über einen zukunftsfähigen Arbeitsmarkt und haben eine sehr gute Versorgungslage und Infrastruktur. Ressourcenschwache Haushalte sind allerdings zunehmend von Exklusion und Verdrängung bedroht. Durch Landau, Koblenz und Mainz wurden diese Regionen abgebildet. Auch Rheinhessen wurde dieser Region zugerechnet, wengleich es aus den zwei strukturell sehr unterschiedlichen Landkreisen Mainz-Bingen und Alzey-Worms besteht. Diese Entscheidung resultierte hauptsächlich aus der Selbstzuschreibung der Befragten, die sich selbst dem „Mainzer Umland“ zugehörig fühlten.
- Deutschlands solide Mitte: Bei diesen Regionen handelt es sich um Durchschnittscluster ohne besondere Abweichungen vom Bundesmittel. Mit zunehmender Distanz zu großstädtischen Arbeitsmärkten sind Arbeitsmarktrisiken vorhanden. Deutschlands soziale Mitte in Rheinland-Pfalz wurde durch die Regionen Rhein-Lahn-Kreis, Kusel, Altenkirchen und Neuwied abgebildet.

Abbildung 3 fasst darüber hinaus Besonderheiten der elf Standorte zusammen.

Ziel qualitativer Forschung ist es, über Einzelfallbeschreibungen hinauszugehen, aber nicht bevölkerungsrepräsentative Aussagen zu treffen. Der Auswahl der Teilnehmer_innen kommt daher eine große Bedeutung zu, vor allem da durch die sehr intensive und nicht standardisierte Befragungstechnik nur begrenzte Fallzahlen realisierbar sind.

Methodisch kann man unterscheiden zwischen einer Zufallsauswahl und einer Quotenauswahl. Für die vorliegende Studie wurde eine Quotenauswahl getroffen, also eine bewusste Auswahl mit sogenannten weichen Quoten pro Standort, um eine gute soziodemografische und -ökonomische Mischung der Kategorien Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen, Berufstätigkeit und Kinder abzubilden. Abbildung 4 zeigt eine Übersicht der Teilnehmer_innen.

Es ist nicht sinnvoll, eine Zufallsauswahl zu treffen, weil die Fallzahl von $n = 57$ keine inferenzstatistischen Verfahren ermöglicht und bei der kleinen Fallzahl der Stichprobenfehler so groß wäre, dass bestimmte Perspektiven nicht repräsentiert würden.

Abbildung 2
Regionale Ausprägung der Indikatoren

Untersuchungsort	Indikatoren			Raumtyp ⁴
	Arbeitslosigkeit ¹	Hohe Bildung ²	Einkommen ³	
Trier	5,5%	42,0%	25.703	Städtisch geprägte Regionen im andauernden Strukturwandel Dynamische Groß- und Mittelstädte Exklusionsgefahr
Kaiserslautern	8,8%	47,3%	22.469	
Ludwigshafen	8,9%	38,6%	24.086	
Landau in der Pfalz	5,4%	54,7%	26.938	
Mainz	5,3%	57,4%	29.201	
Koblenz	6,1%	55,7%	25.641	
Rheinhesse ⁵	3,7%	44,7%	30.361	
Rhein-Lahn-Kreis	3,3%	38,2%	26.099	
Kusel	4,5%	31,9%	23.924	
Altenkirchen	4,7%	37,9%	24.939	
Neuwied	4,8%	28,5%	27.189	Deutschlands solide Mitte
Durchschnitt RLP	4,7%	40,7%	27.662	

1 Arbeitslosenquote (insgesamt) in den Verwaltungsbezirken (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2020).

2 Anteil Schulentlassener mit Fachhochschulreife oder allgemeiner Hochschulreife (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2019).

3 Primäreinkommen der privaten Haushalte je Einwohner in Euro (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2017).

4 Fink et al. (2019).

5 Obwohl Rheinhesse mit den Landkreisen Mainz-Bingen und Alzey-Worms zwei strukturell sehr unterschiedliche Landkreise enthält, haben sich die Teilnehmer_innen von ihren Problemlagen als „Mainzer Umland“ empfunden, weshalb sie hier zu den dynamischen Groß- und Mittelstädten mit Exklusionsgefahr gezählt werden.

Abbildung 3
Besonderheiten der Standorte

Standort	Begründung
Trier	Trier liegt ganz im Westen des Landes und ist eine von vier Großstädten in Rheinland-Pfalz
Kaiserslautern	Kaiserslautern befindet sich im andauernden Strukturwandel. Arbeitslosenquote ist deutlich über dem Landesschnitt.
Ludwigshafen	Das am Rheinufer gelegene Ludwigshafen ist die zweitgrößte Stadt in Rheinland-Pfalz, die trotz ansässiger Großindustrie mit 8,9 % eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenrate aufweist.
Landau in der Pfalz	Das flächenmäßig große Landau liegt im Süden des Bundeslandes. Landau ist die größte Weinbaugemeinde in Rheinland-Pfalz. Hohe Bildungsabschlüsse.
Mainz	Die Landeshauptstadt Mainz ist die größte Stadt in Rheinland-Pfalz und gehört zur Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main.
Koblenz	Die Stadt am Deutschen Eck besticht durch hohe Zukunftschancen und sehr hohe Bildungsabschlüsse. Die Stadt verfügt über einen angespannten Wohnungsmarkt.
Rheinhesse	Die Region Rheinhesse umfasst mit den Landkreisen Mainz-Bingen und Alzey-Worms zwei strukturell unterschiedliche Landkreise. Es ist das größte Weinbaugebiet in Deutschland und damit für Rheinland-Pfalz besonders relevant.
Rhein-Lahn-Kreis	Der an Hessen angrenzende Rhein-Lahn-Kreis liegt mit einer Arbeitslosenquote von 3,3 % mehr als einen Prozentpunkt unter dem Landesdurchschnitt (4,7 %), ist aber vom Primäreinkommen dennoch leicht unterdurchschnittlich.
Kusel	Kusel ist die zweitkleinste Kreisstadt in Deutschland und dennoch ein Mittelzentrum des Landes. Niedrige Bildungsabschlüsse.
Altenkirchen	Der an Nordrhein-Westfalen angrenzende Landkreis Altenkirchen liegt im Norden von Rheinland-Pfalz. Von der Arbeitslosigkeit liegt er mit 4,7% genau im Durchschnitt des Bundeslandes.
Neuwied	Der Landkreis Neuwied verfügt mit 28,5 % über den niedrigsten Wert von Bildungsabschlüssen, die mindestens Fachhochschulreife sind, Arbeitslosigkeit und Primäreinkommen entsprechen dennoch dem Durchschnitt des Landes.

© Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 4
Übersicht der Teilnehmer_innen

Geschlecht		Alter					Bildung ¹			Einkommen ¹		
m	w	18–28	29–38	39–48	49–58	59+	niedrig	mittel	hoch	niedrig	mittel	hoch
38	39	29	17	10	13	8	7	17	52	27	20	27

1 Abweichungen in der Gesamtsumme ergeben sich aufgrund von verweigerten Angaben.

4.

ÜBERBLICK: DIE STIMMUNG AN DEN EINZELNEN STANDORTEN

Ab Kapitel 5 wird die Gesamtsituation in Rheinland-Pfalz dargestellt und Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen werden diskutiert. Wer sich dafür interessiert, wie die

wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Themen an einzelnen Standorten beurteilt wurden, findet hier jeweils eine Kurzzusammenfassung.

4.1 Städtisch geprägte Regionen im andauernden Strukturwandel

Abbildung 5
Themen in Trier

Trier	Städtisch geprägte Regionen im andauernden Strukturwandel
Bildung & Familien	Beitragsfreie Kinderbetreuung, aber Unterfinanzierung des Bildungssystems und Lehrkräftemangel.
Wirtschaft & Arbeit	Strukturwandel: Wenig Industrie und Abhängigkeit vom Tourismus. Im Zuge der Pandemie Verstärkung wirtschaftlicher Sorgen. Jobchancen durch die Möglichkeit nach Luxemburg zu pendeln.
Infrastruktur & Mobilität	ÖPNV, Bahn-Fernverkehr sowie Fahrradwege verbesserungswürdig. Auch Defizite bei der Internetabdeckung.
Wohnen	Ansteigendes Preisniveau. Bezahlbarer Wohnraum im Umland von Trier insbesondere attraktiv für Luxemburg-Pendler_innen.
Gesundheit	Gute Versorgung in Trier, problematisch im Umland (z.B. von Ärzt_innen, Krankenhäuser).
Umweltschutz & Klima	Kaum Wahrnehmung von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen. Kritik an den grenznahen französischen Atomkraftwerken.

Abbildung 6
Themen in Kaiserslautern

Kaiserslautern	Städtisch geprägte Regionen im andauernden Strukturwandel
Bildung & Familien	Beitragsfreie Kinderbetreuung, aber Unterfinanzierung des Bildungssystems und Lehrkräftemangel. Gute Technische Universität.
Wirtschaft & Arbeit	Strukturwandel: Weniger Industrie als früher, aber einige ansässige Unternehmen. Hoffnung in Technologie-Cluster: Technische Universität, Technologiepark & Fraunhofer-Institut.
Infrastruktur & Mobilität	Innerstädtischer ÖPNV nicht in allen Stadtteilen gleich gut ausgebaut und unregelmäßige Verbindungen ins Umland.
Wohnen	Bezahlbarer Wohnraum vorhanden.
Gesundheit	Gute hausärztliche Versorgung, allerdings Probleme mit der fachärztlichen Versorgung.
Umweltschutz & Klima	Kaum Wahrnehmung von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen.

Abbildung 7
Themen in Ludwigshafen

Ludwigshafen	Städtisch geprägte Regionen im andauernden Strukturwandel
Bildung & Familien	Beitragsfreie Kinderbetreuung, aber Unterfinanzierung des Bildungssystems und Lehrkräftemangel.
Wirtschaft & Arbeit	Hoch verschuldet, aber wirtschaftlich starke Metropolregion Rhein-Neckar. Hervorragende Arbeitsmarktsituation, große Unternehmen ansässig.
Infrastruktur & Mobilität	Gut ausgebauter ÖPNV. Metropolproblem Stau. Aktuell schlechte Verbindung nach Mannheim wegen Brückenabriss. Wunsch nach mehr Fahrradwegen.
Wohnen	Angespannte Wohnsituation. Wunsch nach mehr kommunalem und sozialen Wohnraum.
Gesundheit	Sehr gute hausärztliche Versorgung, Mängel bei Fachärzt_innen, Hebammen und Geburtskliniken.
Umweltschutz & Klima	Kaum Wahrnehmung von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen.

4.2 Dynamische Groß- und Mittelstädte mit Exklusionsgefahr

Abbildung 8
Themen in Mainz

Mainz	Dynamische Groß- und Mittelstädte mit Exklusionsgefahr
Bildung & Familien	Beitragsfreie Kinderbetreuung, aber Unterfinanzierung des Bildungssystems und Lehrkräftemangel.
Wirtschaft & Arbeit	Gute wirtschaftliche Lage und Arbeitsmarkt.
Infrastruktur & Mobilität	ÖPNV ins Umland und Bahn-Fernverkehr ausbaufähig. Zu langsamer Ausbau der digitalen Infrastruktur im Umland.
Wohnen	Angespannte Wohn- und Immobiliensituation. Im Moment Luxuswohnungen statt sozialem und bezahlbarem Wohnungsbau.
Gesundheit	Gute ärztliche Versorgung und Zugang zu Krankenhäusern.
Umweltschutz & Klima	Kaum Wahrnehmung von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen.

Abbildung 9
Themen in Landau

Landau	Dynamische Groß- und Mittelstädte mit Exklusionsgefahr
Bildung & Familien	Beitragsfreie Kinderbetreuung, aber Unterfinanzierung des Bildungssystems und Lehrkräftemangel.
Wirtschaft & Arbeit	Gute Wirtschaftslage vor Ort. Guter Arbeitsmarkt auch durch die Möglichkeit nach Baden-Württemberg zu pendeln.
Infrastruktur & Mobilität	Gute Verkehrsanbindung für Auto, Kritik an fehlenden Radwegen und schlechte ÖPNV-Anbindung ins Umland. Keine Probleme mit Internetversorgung.
Wohnen	Angespannte Wohnungs- und Immobiliensituation. Preissteigerungen und Mangel an bezahlbarem Wohnraum.
Gesundheit	Aktuell gute ärztliche Versorgung, aber Befürchtung einer Verschlechterung, wenn Ärzt_innen in Rente gehen.
Umweltschutz & Klima	Kaum Wahrnehmung von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen.

Abbildung 10
Themen in Koblenz

Koblenz	Dynamische Groß- und Mittelstädte mit Exklusionsgefahr
Bildung & Familien	Beitragsfreie Kinderbetreuung, aber Unterfinanzierung des Bildungssystems und Lehrkräftemangel. Nicht ausreichend Kita-Plätze.
Wirtschaft & Arbeit	Wirtschaftlicher Aufschwung und viele ansässige Firmen. Aber zu geringes Angebot bei bei spezialisierter und hochqualifizierter Arbeit.
Infrastruktur & Mobilität	Schlechte ÖPNV-Anbindung ins Umland, negative Brücken- und Baustellensituation, zu wenige Fahrradwege. Zu langsamer Ausbau der digitalen Infrastruktur im Umland.
Wohnen	Angespannter Wohnungs- und Immobilienmarkt. Starke Preissteigerungen in den letzten Jahren.
Gesundheit	Gute lokale Versorgung durch Krankenhäuser und Ärzt_innen.
Umweltschutz & Klima	Kaum Wahrnehmung von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen.

Abbildung 11
Themen in Rheinhessen

Rheinhessen	Dynamische Groß- und Mittelstädte mit Exklusionsgefahr
Bildung & Familien	Beitragsfreie Kinderbetreuung, aber Unterfinanzierung des Bildungssystems und Lehrkräftemangel.
Wirtschaft & Arbeit	Gute Arbeitsmarktsituation, teilweise Notwendigkeit für hochqualifizierte und gut bezahlte Arbeit nach Hessen zu pendeln.
Infrastruktur & Mobilität	Wunsch nach stärkerem Ausbau und besserer Taktung des regionalen ÖPNV. Hohe Ticketkosten. Zu langsamer Ausbau der digitalen Infrastruktur.
Wohnen	Stark Preissteigerungen im gesamten Rhein-Main-Gebiet.
Gesundheit	Aktuell gute ärztliche Versorgung, aber Befürchtung einer Verschlechterung, wenn Ärzt_innen in Rente gehen.
Umweltschutz & Klima	Kaum Wahrnehmung von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen.

4.3 Deutschlands solide Mitte in Rheinland-Pfalz

Abbildung 12
Themen in Altenkirchen

Altenkirchen	Deutschlands solide Mitte
Bildung & Familien	Beitragsfreie Kinderbetreuung, aber Unterfinanzierung des Bildungssystems und Lehrkräftemangel.
Wirtschaft & Arbeit	Keine großen Unternehmen, aber Mittelstand und kleinere Betriebe. Gute Arbeitsmöglichkeiten in Hessen und NRW. Zunehmender Fachkräftemangel.
Infrastruktur & Mobilität	Wunsch nach Ausbau von ÖPNV und Fahrradwegen. Verbesserung des Internetausbaus in den letzten Jahren.
Wohnen	Günstige Preise für Mietwohnungen und Eigentum, aber kaum Leerstand.
Gesundheit	Angespannte Situation durch Krankenhausschließung. Aktuell gute ärztliche Versorgung, aber Befürchtung einer Verschlechterung, wenn Ärzt_innen in Rente gehen.
Umweltschutz & Klima	Kaum Wahrnehmung von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen.

Abbildung 13
Themen in Kusel

Kusel	Deutschlands solide Mitte
Bildung & Familien	Beitragsfreie Kinderbetreuung, aber Unterfinanzierung des Bildungssystems und Lehrkräftemangel.
Wirtschaft & Arbeit	Schlechte Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation vor Ort. Häufig Notwendigkeit zu pendeln.
Infrastruktur & Mobilität	Internetabdeckung, Straßen/Autobahnanschlüsse und ÖPNV ausbaufähig.
Wohnen	Sehr günstige Mietwohnungen und Immobilien. Leerstand durch Abwanderung & Wertverlust bei Immobilien.
Gesundheit	Schlechte Versorgungslage. Erwartung einer Verschärfung durch Krankenhausschließung und hohe Altersstruktur von Ärzt_innen.
Umweltschutz & Klima	Kaum Wahrnehmung von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen.

Abbildung 14
Themen in KRhein-Lahn

Rhein-Lahn	Deutschlands solide Mitte
Bildung & Familien	Beitragsfreie Kinderbetreuung, aber Unterfinanzierung des Bildungssystems und Lehrkräftemangel.
Wirtschaft & Arbeit	Eher strukturschwache Gegend ohne Industrie. Wenig ansässige Betriebe.
Infrastruktur & Mobilität	Schlechte regionale ÖPNV-Anbindung. Lücken bei der Internetabdeckung.
Wohnen	Leerstand und Wertverlust von Immobilien.
Gesundheit	Ärzt_innenmangel, lange Wartezeiten bei Fachärzt_innen und mangelhafte notärztliche Versorgung.
Umweltschutz & Klima	Kaum Wahrnehmung von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen.

Abbildung 15
Themen in Neuwied

Neuwied	Deutschlands solide Mitte
Bildung & Familien	Beitragsfreie Kinderbetreuung, aber Unterfinanzierung des Bildungssystems und Lehrkräftemangel. Nicht ausreichend Kita-Plätze.
Wirtschaft & Arbeit	Geringe Wirtschafts- und Kaufkraft vor Ort. Innenstadt mit viel Leerstand. Pendelmöglichkeit nach NRW, Koblenz oder den Westerwald.
Infrastruktur & Mobilität	Guter Internetausbau und überregionale Anbindung (z.B. nach Köln, Bonn und Frankfurt). Defizite beim ÖPNV.
Wohnen	Günstige Wohn- und vor allem Immobilienpreise, aber teilweise Schwierigkeiten eine Mietwohnung zu finden.
Gesundheit	Gute Versorgung mit Krankenhäusern und Ärzt_innen. Probleme in ländlichen Bereichen um Neuwied und bei der Ansiedlung neuer und junger Ärzt_innen.
Umweltschutz & Klima	Kaum Wahrnehmung von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen.

5.

STIMMUNG IN RHEINLAND-PFALZ

Kohärentes positives Stimmungsbild trotz regionaler Identitäten

Die Menschen im „Bindestrichland“ Rheinland-Pfalz rekurrieren auf ihre Region, weniger auf das gesamte Bundesland und heben immer wieder lokale oder regionale Besonderheiten hervor. Mit der eigenen Region wird oftmals ein gewisser Stolz verbunden. Es wird Wert darauf gelegt, dass die eigene Region besonders sei und sich von anderen Regionen des Landes unterscheide. Gleichzeitig findet sich im Großen und Ganzen ein kohärentes Stimmungsbild an allen Standorten.

Die Stimmung in Rheinland-Pfalz ist insgesamt ausgesprochen positiv. Das Bundesland ist für viele Bürger_innen mehr als der Ort, an dem sie wohnen. Rheinland-Pfalz ist „Heimat“. Besonders geschätzt wird das Gefühl der Geselligkeit und Gemeinschaft, das sich in der Offenheit und Aufgeschlossenheit der Menschen und den vielen Festen zeigt. In Verbindung mit der schönen Landschaft und der gelebten Wein- und Festkultur ergibt sich das Bild von einem Bundesland, in dem die Menschen sehr gerne leben. Das Leben in Rheinland-Pfalz gilt als gemütlich, wird als „behütet“ beschrieben, die Menschen charakterisieren sich selbst als genussfreudig und gelassen.

.....
„Die Menschen in Rheinland-Pfalz sind herzlich und offen. Ich habe selten jemanden erlebt, der einen nicht mit offenen Armen begrüßt hätte. Diese Herzlichkeit macht das Leben aus.“ (Ludwigshafen)

.....
„Das Land des Weinbaus, wunderschöne Weinregion, wunderschöne Urlaubsziele, man hat viel vor der Haustür. Natur, ich kann viel draußen unternehmen.“ (Kusel)

Allerdings schlagen sich ökonomische Disparitäten in der Stimmung nieder. Besonders in Deutschlands solider Mitte in Rheinland-Pfalz, ganz besonders in Kusel und Rhein-Lahn, trüben die schlechte Arbeitsmarktlage sowie die fehlende Infrastruktur die Stimmung. Aber auch in Kaiserslautern und Trier, wo der andauernde Strukturwandel mit einem eingeschränkten Angebot an Arbeitsplätzen einhergeht, schlagen wirtschaftliche Einschränkungen auf das Gemüt.

.....
„Strukturschwaches Bundesland, nicht genügend finanzielle Mittel, um die Kommunen zu versorgen.“ (Neuwied)

.....
„Die schöne Landschaft, aber auch die schlechte Busanbindung.“ (Rhein-Lahn)

Insgesamt lässt sich feststellen, dass es Menschen gibt, die das Gefühl haben, von der Politik „vergessen“ zu werden. Dieses Gefühl scheint zu wachsen, je ländlicher und je weiter sie von Mainz entfernt wohnen. Die Landespolitik wird dann als etwas empfunden, „was weit weg“ vom eigenen Leben ist, weshalb man sich nicht wirklich damit auseinandersetzen möchte.

.....
„Ich gucke nicht so viel Rheinland-Pfalz-Nachrichten, wo man sich informieren könnte. Ich kenne wenige Leute, die das gucken.“ (Kaiserslautern)

.....
„Man bekommt wenig mit, außer wenn man sich informieren möchte. Man hat manchmal Themen, für die man sich interessiert, wo man sich schlaumacht. Ich setze mich nicht jeden Tag mit der Landesregierung auseinander.“ (Kusel)

Der soziale Zusammenhalt in Rheinland-Pfalz gilt als intakt

Der soziale Zusammenhalt und das gesellschaftliche Leben werden durchweg als positiv gesehen. Dazu tragen vor allem das aktive Vereinsleben und die zahlreichen Feste und Feierlichkeiten bei, bei denen das Gemeinschaftsgefühl erfahrbar wird. Gesellschaftliche Spaltungslinien erscheinen den Menschen weniger ausgeprägt als in anderen Bundesländern. Einen möglichen Grund dafür sehen sie darin, dass der Dialog durch das Zusammentreffen unterschiedlicher Schichten, beispielsweise auf Weinfesten, intakt sei. Dieser Eindruck der Rheinland-Pfälzer_innen deckt sich mit dem Befund anderer Untersuchungen, dass Spaltungslinien tatsächlich dann zutage treten, wenn der gesellschaftliche Dialog nicht mehr funktioniert (Hartl & Faus 2020). Auch andere negative gesellschaftliche Erscheinungen wie politisch motivierte Gewalt oder die Entstehung von Parallelgesellschaften gibt es nach Meinung der Rheinland-Pfälzer_innen im eigenen Bundesland in geringerem Maße als in der übrigen Bundesrepublik. Man hat insbesondere in ländlicheren Gebieten den Eindruck: „In Rheinland-Pfalz ist die Welt noch in Ordnung.“

Spätestens seit 2015 polarisieren die Themen Migration und Integration die deutsche Gesellschaft in besonderem Maße (Faus & Storcks 2019). In Rheinland-Pfalz aber wird die Integration von Migrant_innen als weitestgehend gelungen angesehen. Die Bemühungen der Landespolitik in diesem Bereich werden honoriert, gleichzeitig wird betont, dass es die Rheinland-Pfälzer_innen selbst gewesen seien, die die Integration vorangetrieben hätten, und nicht die „Politik“ die Hauptverantwortung für das Gelingen trage.

.....
„Wir diskutieren im Sportverein nicht über Migration. Es existiert eine Gemeinschaft, wer mitmacht, macht mit, egal woher er kommt. Es interessiert uns nicht, es wurde nie thematisiert. [...] Wir sind alle in einem Laden.“ (Neuwied)

.....
„Der Umgang mit den Flüchtlingen war hervorragend, menschlich.“ (Trier)

.....
„Es hat schon gut funktioniert, das hat mit Privatpersonen zu tun. Von der Politik kam wenig.“ (Kusel)

In der Regel sehen die Rheinland-Pfälzer_innen kein gravierendes Problem mit Rassismus im eigenen Bundesland. Einschränkung muss allerdings betont werden, dass die Mehrheitsgesellschaft häufig selbst keinen Rassismus wahrnimmt, weil sie nie Opfer von rassistischen Herabsetzungen oder Angriffen wird. In Rheinland-Pfalz wird dieser Eindruck aber auch von einigen Menschen bestätigt, die selbst Migrationshintergrund haben und daher potenziell von Rassismus bedroht sind.

Dennoch gibt es hier auch einige Gegenstimmen, etwa weil selbst erlebt wird, dass Geflüchtete von Teilen der rheinland-pfälzischen Gesellschaft offen abgelehnt werden oder weil man selbst Rassismus – auch von staatlicher Seite – in Form von Racial Profiling erfahren hat.

.....
„Im Dorf gibt es eine Wohngruppe für geflüchtete Jugendliche ohne Eltern. Man merkt den Rassismus. Wenn auf einem Platz etwas kaputt gemacht wurde, heißt es, das waren die Flüchtlinge. Man hört Sprüche, dass die jugendlichen Männer ihr Land im Stich lassen. ‚Wir haben früher im Krieg gekämpft, die hauen ab, machen sich ein feines Leben, sitzen da.‘ Solche Sprüche kommen von den älteren Dorfbewohnern, aber auch von vielen Jüngeren, von denen ich es noch weniger nachvollziehen kann.“ (Rheinhessen)

.....
„Aufgrund meines Aussehens behandelt mich die Polizei anders als ‚rein‘ Deutsche.“ (Neuwied)

Rheinland-Pfalz gilt im Bundesvergleich als „Mittelklasse“

Die Menschen in Rheinland-Pfalz sind größtenteils zufrieden mit dem Leben in ihrem Bundesland. Dennoch nehmen sie ihr Bundesland im Vergleich mit anderen Bundesländern nur als „durchschnittlich“ oder „Mittelklasse“ wahr. Das betrifft vor allem die Einschätzung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, aber auch andere Themen wie die Bildungsqualität (siehe Kapitel 7). Sie haben zwar den Eindruck, dass andere Regionen, zum Beispiel in Ostdeutschland oder in Nordrhein-Westfalen, mit größeren Problemen zu kämpfen haben, zur „Spitze“ in Deutschland zählen die Rheinland-Pfälzer_innen ihr Bundesland aber in vielen wichtigen Bereichen nicht. Das wird jedoch nicht ausschließlich als negativ empfunden, sondern entspricht der von ihnen attestierten Bodenständigkeit des Bundeslands. Man hat nicht den Anspruch, immer und überall zu den Besten gehören zu müssen, um ein gutes

Leben führen zu können. Im Vergleich zu anderen Bundesländern wird die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz als behäbiger, langsamer und weniger innovativ eingeschätzt. Wenn es um Bildungsqualität und die wirtschaftliche Entwicklung geht, sieht man sich im Vergleich zu den Nachbarländern Baden-Württemberg oder Hessen im Hintertreffen. Besonders in den Grenzgebieten von Rheinland-Pfalz gibt es viele Pendler_innen, die im jeweils benachbarten Bundesland eine größere Jobauswahl und bessere Bezahlung erfahren. Vereinzelt berichten Rheinland-Pfälzer_innen auch davon, ihre Kinder in den Nachbarländern einschulen lassen zu wollen.

.....
„Rheinland-Pfalz entwickelt sich in die richtige Richtung. Ich kann keine konkreten Beispiele nennen, das ist Gefühlssache. Rheinland-Pfalz ist im Mittelfeld, die preschen nicht immer nach vorne, sie stehen nicht im Rampenlicht. Sie müssen nicht wie die Bayern den Leader spielen oder wie Baden-Württemberg [ihren Erfolg] raushängen. Die sind sehr solide. Spielen überall mit. Machen bestimmt nicht alles richtig, aber vieles. In der Summe ist das positiv zu bewerten. Man muss nicht immer der Lauteste sein und vorne stehen, aber machen, was man sich vornimmt, und das dann gut umsetzen.“ (Altenkirchen)

.....
„Mir fällt das Behäbige in Rheinland-Pfalz auf. Landwirtschaft, Weingebiete, Kartoffeln aus der Pfalz, die Mosel. Es ist schön, aber alles langsamer. Wir sind nicht so kosmopolitisch wie Berlin, nicht so modern wie Baden-Württemberg und nicht so groß und fortschrittlich wie Bayern.“ (Trier)

Die hohe Verschuldung des Landes ist als Problemfeld salient, auch weil die Rheinland-Pfälzer_innen den Eindruck haben, vielen Kommunen fehle es an Geld, um ihre öffentlichen Aufgaben wahrnehmen zu können. Auch andere landespolitische Probleme etwa in der Bildung, der Infrastruktur und bei regionalen Ungleichheiten werden nach Ansicht vieler Teilnehmenden nicht schnell genug geringer oder vergrößern sich sogar.

.....
*„Die Pro-Kopf-Verschuldung ist hochgegangen. Generell Rheinland-Pfalz – und Ludwigshafen ist die verschuldetste Stadt in Rheinland-Pfalz.“
 (Ludwigshafen)*

.....
„Rheinland-Pfalz ist total verschuldet. Pirmasens ist total verschuldet. Keine Stadt in Deutschland ist höher verschuldet als Pirmasens.“ (Pirmasens)

.....
„Das Land ist verschuldet. Die Kommunen sind verschuldet. Mainz ist verschuldet.“ (Mainz)

.....
„Rheinland-Pfalz geht es nicht gut. Die Verschuldung ist sehr hoch.“ (Rheinessen)

Große Unterschiede bei den Zukunftserwartungen

Die Einschätzung der Zukunft des Bundeslands ist stark abhängig von der derzeitigen wirtschaftlichen Lage.

In wirtschaftlich schwächeren Regionen (siehe Kapitel 7.2), besonders in den Regionen um Kusel und Rhein-Lahn, werden regional wachsende Herausforderungen erwartet. Hier gehen viele Menschen davon aus, dass sich die wirtschaftliche Lage verschlechtern wird. Es wird befürchtet, dass die daraus resultierende Landflucht und deren Folgen das Leben in der Region insgesamt für alle dort lebenden Menschen beeinträchtigen werden.

In wirtschaftlich stärkeren Regionen überwiegt der positive Blick (zum Beispiel Landau, Mainz). In Ludwigshafen ist die Erwartung sogar sehr positiv, da trotz relativ hoher regionaler Arbeitslosigkeit viele gut bezahlte Arbeitsplätze gesehen werden.

Die Folgen der Corona-Pandemie sind für die Menschen in allen Regionen noch nicht abzusehen und trüben die (wirtschaftlichen) Zukunftserwartungen deutlich.

.....
*„Es wird in Ludwigshafen positiv weitergehen, weil alle Stellen angegangen werden, wo es schon mehrere Jahre Bedarf gab, etwas zu verändern. Bin mal gespannt, wie es aussieht, wenn sie fertig sind.“
 (Ludwigshafen)*

.....
„Ich denke, in fünf Jahren wohne ich hier immer noch so gut wie jetzt.“ (Landau)

.....
„Wirtschaftlich weiß man nicht, wo es nach Corona hingeht.“ (Koblenz)

.....
„In der Zukunft wird es bei den Arbeitsplätzen noch schlechter werden.“ (Rhein-Lahn)

6.

WAHRNEHMUNG DER LANDESPOLITIK

Die Landespolitik zwischen Kommunal- und Bundespolitik

Die Landespolitik befindet sich, eingeklemmt zwischen der Kommunal- und Bundespolitik, in einer etwas undankbaren „Sandwich“-Position: Insbesondere in kleineren Gemeinden sind die politischen Akteur_innen und Vertreter_innen der Kommunalpolitik häufig persönlich bekannt und im Alltag der Menschen sichtbar, etwa bei Veranstaltungen oder durch alltägliche Begegnungen. Die Kommunalpolitik ist in der Wahrnehmung zudem weniger ideologisch aufgeladen, sondern beschäftigt sich mit ganz praktischen und damit für die Menschen direkt erfahrbaren Aufgaben. Radwege, Kanalsanierung, Schwimmbäder, Spielplätze, Jugendzentren – auf kommunaler Ebene sind die Folgen politischer Entscheidungen häufig unmittelbarer nachzuvollziehen als abstraktere landespolitische Regelungen. Kommunalpolitische Veränderungen sind häufig Gesprächsthemen im Alltag, sodass auch weniger politisch interessierte Menschen etwas davon mitbekommen.

Auf der anderen Seite steht die Bundespolitik im Zentrum der Aufmerksamkeit der großen Medien. In der Bundespolitik werden nicht nur Entscheidungen getroffen, die deutschlandweit relevant sind und deshalb deutschlandweit diskutiert werden, auch das Bundeskabinett steht stark im Fokus vieler politischer Journalist_innen und der damit verbundenen Berichterstattung. Neben Sachthemen sind vor allem machtpolitische Auseinandersetzungen in der Bundespolitik Gegenstand von überregionaler, aber auch regionaler Berichterstattung. Deshalb ist es – unabhängig vom Bundesland – in der Regel so, dass sich die Menschen eher mit Kommunal- und Bundespolitik als mit Landespolitik befassen. Im Flächenland Rheinland-Pfalz mit vielen ländlichen Gebieten und großen regionalen Unterschieden fällt es den Menschen besonders schwer, eine kohärente Landespolitik zu erkennen.

.....
„Ich muss sagen, wenn ich mich informiere, informiere ich mich eher über die Kommunalpolitik als über das, was in Mainz passiert. Rheinland-Pfalz ist recht heterogen.“ (Kusel)

.....
„Es wird bergab gehen. Ich meine, unsere Landesregierung tanzt nach der Pfeife der Bundesregierung und die wirtschaftet runter. Entsprechend wird Rheinland-Pfalz mit runterwirtschaften.“ (Rhein-Lahn)

Die Landespolitik wird weniger aufmerksam verfolgt und politische Entscheidungsabläufe sind häufig unbekannt. Positive Entwicklungen vor Ort werden eher der Kommunalpolitik zugeschrieben, negative aber der Landespolitik. Vor allem in der Anfangszeit der Corona-Pandemie, als sich viele Menschen mehr als sonst mit dem aktuellen Geschehen auseinandergesetzt haben, hat sich die besondere Nähe der Kommunalpolitik eindrücklich gezeigt. Die Informationspolitik der Politiker_innen auf Kommunalebene wurde ausdrücklich positiv hervorgehoben.

.....
„Wenn man Infos [zu Corona] gebraucht hat, die waren hier in unserem Kreis ziemlich aktuell. Das spricht aber nicht für die Landesregierung, das ist eine Leistung von den Einzelnen hier aus dem Kreis.“ (Rhein-Lahn)

„Hervorragend fand ich zur Corona-Zeit die Arbeit des Ortsbürgermeisters. Der hat mehrfach am Tag Informationen rausgegeben, zum Beispiel welche Geschäfte aufmachen. Er hat da hervorragende Arbeit geleistet. Auch der Landrat hat schnell reagiert und eine Teststation eingerichtet. Das fand ich positiv. Die haben das transparent gemacht über Facebook und mit modernen Medien gearbeitet.“ (Rhein-Lahn)

„Viel mehr als die örtlichen Vertreter hier konnte man nicht machen. Die waren Tag und Nacht im Einsatz, ansprechbar. Ich weiß nicht, wie es woanders aussah, aber hier war das so.“ (Rhein-Lahn)

Bewertung der aktuellen Landespolitik

Nach der Landtagswahl 2016 bildeten SPD, FDP und Grüne unter der Führung von Malu Dreyer erstmals eine sogenannte Ampelkoalition in Rheinland-Pfalz. Auch wenn die Landespolitik häufig nicht aufmerksam verfolgt wird, so ist ein Großteil der Teilnehmer_innen der Fokusgruppen mit der Arbeit dieser Regierungskoalition relativ zufrieden. Dieses Ergebnis deckt sich mit repräsentativen Erhebungen: Eine im Auftrag des SWR durchgeführte Umfrage ergab im September 2020, dass 63 % der wahlberechtigten Rheinland-Pfälzer_innen mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden oder sehr zufrieden und nur 34 % weniger oder gar nicht zufrieden sind (infratest dimap 2020). Es herrscht der Eindruck vor, dass die Koalition gut und geräuschlos zusammenarbeitet. Gerade Letzteres ist für viele eher überraschend, man hatte sich von dem ungewöhnlichen Dreierbündnis – es handelt sich erst um die dritte Ampelkoalition deutschlandweit – mehr Streit erwartet.

„Es ist ja die Jamaika-Regierung [sic!], Rot-Grün-Gelb. Ja, das hat es noch nie gegeben, soweit ich weiß. Dafür haben sie etwas geschafft, sich nicht die Köpfe eingeschlagen. Ich bin positiv überrascht. [...] Bei der Kombination erwartet man mehr Reibungspunkte, vielleicht bei der nächsten Runde.“ (Kaiserslautern)

„Rot-Gelb-Grün, es ist schwer, alle Seiten gut zu bedienen. Die Politik der ruhigen Hand finde ich gut. Manche Dinge brauchen länger, die sind auch von Stadtoberhäuptern teilweise zu verantworten. Ich sehe keine großen Mängel.“ (Rheinhessen)

„Geräuschlos‘ ist eigentlich eine sehr treffende Beschreibung.“ (Koblenz)

„Ich nehme die Politik in Rheinland-Pfalz als unaufgeregt und solide wahr, unauffällig, keine Ausreißer ins Positive oder ins Negative.“ (Neuwied)

Da die angespannte Haushaltslage den meisten bekannt ist, werden von der Landesregierung keine „Wundertaten“ erwartet. Es wird positiv angemerkt, dass „die Politik“ trotz limitierter und limitierender Budgets dennoch versucht, den finanziellen Spielraum zu erweitern und die relevanten Problemfelder anzugehen.

„Grundsätzlich finde ich, dass die Landespolitik gut aufgestellt ist. Es ist relativ solide. Man muss die beschaulichen Haushaltsmittel in Betracht nehmen [...]. Es wird mit dem Bund über Mittel gestritten, Länderhaushaltsausgleich. Die Landesregierung macht es schon ganz gut.“ (Neuwied)

Außerdem wird der aktuellen Regierung zugutegehalten, dass sie weitestgehend skandalfrei regiere, was in Rheinland-Pfalz nicht immer so gewesen sei. „Die Regierung produziert wenigstens nicht Skandale am laufenden Band wie davor.“ (Kaiserslautern)

„Geldverbrennungsthemen wie der Nürburgring oder der Betzenberg sind eher personenbezogene Themen, die die Politik in Misskredit gebracht haben, aber es funktioniert ganz gut.“ (Neuwied)

Das Management in der Corona-Krise gilt als gutes Beispiel für die Arbeit der Kommunalpolitik, aber auch der Landesregierung: Nach Einschätzung der Rheinland-Pfälzer_innen wurden mit ruhiger Hand zu Beginn der Pandemie weitestgehend richtige politische Entscheidungen bezüglich Kontakt- und Abstandsregelungen, aber auch wirtschaftlicher Hilfen getroffen. Gleichzeitig habe sich die rheinland-pfälzische Landesregierung anders als andere Landesregierungen nicht in den Vordergrund gedrängt oder auf ein politisches „Machtgeplänkel“ mit anderen Ministerpräsident_innen eingelassen.

Der größte Kritikpunkt an der Landesregierung ist, dass es an neuen Ideen mangle, das Land voranzubringen und für die Zukunft krisensicher und nachhaltig aufzustellen. Es werde zwar solide regiert, Visionen oder innovative Einfälle gebe es aber kaum. Manche haben den Eindruck, die Politik in Rheinland-Pfalz reagiere eher, als dass sie das Land durch politische Entscheidungen aktiv gestalte.

„Krisenmanagement können sie, aber manchmal fehlt das langfristige Denken. Manchmal ist es zu [viel] Klein-Klein, zu langwierig, auch dass man nachhaltig denkt und überlegt, was bedeuten die Entscheidungen nicht nur für die nächsten zwei Jahre oder die Wahlperiode, sondern was hat es für Auswirkungen für die nächsten 40 Jahre. [...] Allgemein war die Politik ziemlich langsam. Diese Krise hat zum Handeln gezwungen, dass sie schnelle Entscheidungen treffen und diese dann schnell durchbringen. Sie haben gemerkt, dass es eine Situation gibt, da musste man Entscheidungen treffen zum Wohle aller. Hoffentlich bleibt es für die Zukunft auch so.“ (Ludwigshafen)

„Sie machen nicht viel falsch, aber sind nicht überaus innovativ. Was sie machen sollen, machen sie. Sie halten den Status quo, ohne viel Negatives.“ (Kaiserslautern)

7.

THEMEN IN RHEINLAND-PFALZ

Im Folgenden werden die Ergebnisse zu den sechs Themengebieten Bildung & Familie, Wirtschaft & Arbeit, Infrastruktur & Mobilität, Wohnen, Gesundheit sowie Umweltschutz & Klima dargestellt. Diese Darstellung ist keine objektive Einschätzung der tatsächlichen Situation, sondern spiegelt die Wahrnehmung der Fokusgruppen-Teilnehmer_innen wider.

7.1 Bildung & Familien

Rheinland-Pfalz hat ab 2007 als erstes Bundesland die Kindergartengebühren schrittweise abgeschafft. Seit 2010 ist der Besuch einer öffentlichen Kindertagesstätte für alle Kinder ab zwei Jahren grundsätzlich gebührenfrei und seit dem 1. Januar 2020 gilt in Rheinland-Pfalz „Beitragsfrei ab zwei!“ für alle Kinder, egal ob sie einen Kindergarten oder eine Krippe besuchen – es wird nicht mehr nach Betreuungsform unterschieden wie zuvor. Die frühzeitige und weitreichende Gebührenfreiheit wird vor allem im Vergleich mit anderen Bundesländern sehr positiv bewertet. Bundesweit wird das Bundesland in diesem Bereich als Vorreiter gesehen und geschätzt. Die Gebührenfreiheit wird als tatsächliche Entlastung von Familien wahrgenommen und gilt als ein Argument für Familien, in Rheinland-Pfalz zu wohnen. Nur vereinzelt wird kritisiert, dass das Fehlen der Elternbeiträge zu einer vermeintlich schlechteren Ausstattung der Kitas führe.

.....
„Das Land hat große Vorteile. Kostenlose Kita-Plätze, das hatten die im Saarland nicht. Das ist schon attraktiv. Ich komme aus Nordrhein-Westfalen, wo man die Kita-Plätze bezahlen musste. Malu Dreyer hat mit ihrer Politik dafür gesorgt, dass es möglich ist. Es ist ein familienfreundliches Angebot, hierzubleiben.“ (Trier)

.....
„Rheinland-Pfalz hat keine Kita-Gebühren, das ist mega, super. [...] Die SPD hat einiges getan. Es gibt mehrere Bundesländer, wo es so ist, Rheinland-Pfalz ist da Vorreiter. Seit Jahren gibt es keine Kita-Gebühren.“ (Kaiserslautern)

.....
„Sie sind darauf angewiesen zu sagen: ‚Eltern, bringt Papier mit zum Basteln.‘ Das reicht bis zu Taschentüchern, die im Kindergarten gebraucht werden. [...] Es wäre vielleicht besser, wenn etwas Kita-Gebühren da wären, damit die Möglichkeit besteht, den Kindern mehr zu bieten, ihnen mehr Freiraum zu schenken, mehr auf die Interessen der Kinder einzugehen.“ (Kaiserslautern)

Die Zufriedenheit mit dem Angebot an Kita-Plätzen ist regional unterschiedlich hoch. In Koblenz, Kaiserslautern und Neuwied wird von einem Mangel an Kita- und Kindergartenplätzen berichtet, in den anderen Regionen nicht.

.....
„Ich habe für den jüngeren Sohn noch keinen Kindergartenplatz, obwohl es heißt, in Rheinland-Pfalz gibt es für jedes Kind einen kostenlosen Kindergartenplatz.“ (Koblenz)

.....
„Es gibt keine Plätze. Meine Tochter war fast vier, als sie den Kita-Platz bekommen hat. Sie hätte im anderen Stadtteil vielleicht einen Platz bekommen, aber eine halbe Stunde durch die Gegend zu fahren ist eine Zumutung. Das war sehr schwierig.“ (Kaiserslautern)

„Es gibt die Kita-Plätze nicht. Man hat einen Rechtsanspruch auf eine kostenlose Kinderbetreuung ab zwei Jahren. Keiner hat einen Kindergartenplatz bekommen von denen, die ich kenne. Es gibt die Plätze nicht.“
(Koblenz)

Während Rheinland-Pfalz trotz vereinzelter Kritik im Bereich der Kleinkindbetreuung als Vorbild für andere Bundesländer gilt, wird die Situation an Schulen weniger positiv wahrgenommen. Viele haben den Eindruck, das Bildungssystem sei unterfinanziert. Häufig wird darauf verwiesen, dass das Lehrpersonal in Rheinland-Pfalz schlechter verdiene als in anderen (umliegenden) Bundesländern, weshalb viele Lehrer_innen, vor allem die besonders gut qualifizierten und engagierten, lieber in anderen Bundesländern unterrichteten.

„Was die Schule angeht, da ist [Rheinland-Pfalz] gehaltmäßig eines der schlechtesten Länder in Deutschland, die Besoldung.“ (Kusel)

„Man darf sich nicht wundern, wenn Lehrer nicht motiviert sind. Viele wandern auch in andere Bundesländer ab.“ (Rheinhausen)

„Landesbeamte verdienen fast am wenigsten in Deutschland. Das sorgt nicht dafür, dass die Leute primär nach Rheinland-Pfalz gehen. Das zieht nicht die Besten an.“ (Kusel)

„Viele studieren in Rheinland-Pfalz, gehen dann nach Hessen oder woanders hin, weil sie besser bezahlt werden. Viele fliehen aus dem Land.“
(Koblenz)

„Die Anstellung ist befristet, von Ferien zu Ferien. Dann haben sie keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld, müssen hoffen, dass sie mit dem nächsten Schuljahr eine Stelle bekommen. Da sind andere Bundesländer weiter. Es sind soziale Missstände. Die Lehrer können nichts planen. Das muss ich Rheinland-Pfalz ankreiden.“ (Rheinhausen)

„Wenn man über die Ferien keine Bezahlung bekommt, ist am System etwas falsch. Alte Lehrer haben kein Interesse mehr, sie schalten ab. Im Vergleich zu Luxemburg ist es furchtbar, eine Katastrophe. Engagierte Lehrer gibt es, das sind aber wenige.“ (Trier)

Einen weiteren Beleg für die Unterfinanzierung des Bildungssystems sehen die Menschen in der nicht immer optimalen Ausstattung der Schulen, insbesondere im Hinblick auf die Digitalisierung. Corona habe da „den Finger in die Wunde gelegt“ und es habe sich gezeigt, dass die digitale Ausstattung der Schulen und auch die digitalen Fähigkeiten der Lehrkräfte für eine moderne und zukunftsfähige Lehre nicht ausreichen.

„Bildung, Digitalisierung der Bildung. In Corona[-Zeiten] hat man das gemerkt, das grauenhafte Digitale in der Schule. Man kriegt Papier eingescannt. Besser wäre es, die richtigen Formen zur Verfügung zu stellen, dass man zu Hause auch lernen kann, wenn wieder mal was ist. Nicht Stapel Papiere, die eingescannt werden. Rheinland-Pfalz ist für die digitale Schule einfach noch nicht so weit.“ (Ludwigshafen)

Auch die Schulreform (Abschaffung der Hauptschule und Einführung der „Realschule plus“) wird kritisiert.

„Es stört mich sehr, dass die Schulform der Hauptschule abgeschafft wurde. Viele Eltern haben sich berufen gefühlt, das Kind darf nicht auf die Realschule, das muss auf das Gymnasium. Es fehlt ein Zwischenbereich, das stört mich. Die Einteilung in Hauptschule, Realschule und Gymnasium fand ich nicht schlecht.“ (Neuwied)

„Realschule plus' ist der falsche Weg. [...] Wenn man schlau ist, geht man auf die klassische Realschule, katholisch. Staatlich gibt es nur die Realschule plus, das kann schwierig werden. Früher gab es Realschule und Hauptschule.“ (Trier)

All diese Kritik an der Schulbildung kumuliert in der Einschätzung, dass Abschlüsse in Rheinland-Pfalz weniger wert seien als in anderen Bundesländern, vor allem im Vergleich mit den Nachbarländern Baden-Württemberg und Hessen.

„Bildung ist [ein] sehr wichtiges Thema in Rheinland-Pfalz. Dass das rheinland-pfälzische [Abitur] weniger wert ist als das Mannheimer, das macht auf dem Arbeitsmarkt was aus. Universitäten nehmen einen nicht, wenn man sich für Medizin einschreiben will.“ (Ludwigshafen)

Bildung ist für viele eines der zentralen Zukunftsthemen, man hat aber nicht den Eindruck, dass sie in der Landespolitik den notwendigen Stellenwert hat. Diese Kritik unterscheidet sich – anders als bei den meisten anderen Themen – nur sehr wenig in den einzelnen untersuchten Regionen. Lehrkräftemangel und eine verbesserungswürdige Ausstattung werden landesweit konstatiert. Regionale Unterschiede zeigen sich beim Thema Lebensqualität (wo wollen Lehrer_innen lieber wohnen?) und Verkehr (wie lang ist der Schulweg?).

„Ich habe Lehramt studiert. [...] Ich entscheide mich als Lehrer für eine Schule nicht nur, weil die Schule toll ist, sondern auch, weil ich irgendwo wohnen will. Es ist attraktiver, in Mainz zu wohnen, weil ich drum herum eine bessere Lebensqualität habe als anderswo.“ (Mainz)

„Ich bin in der Gegend vom Nürburgring aufgewachsen. Es war normal, dass man eine Stunde mit dem Bus zur Schule fährt. Die nächstgrößere Stadt mit Gymnasium oder Realschule war weit entfernt. Die Wege sind sehr weit.“ (Koblenz)

Von der Landespolitik werden hier deshalb deutliche Verbesserungen erwartet: ausreichend Kinderbetreuungsangebote in allen Regionen, vor allem aber eine bessere Schulbildung durch besser qualifizierte und mehr Lehrkräfte und eine zukunftsfähige Ausstattung der Schulen.

Abbildung 16
Zusammenfassung Bildung und Familien



7.2 Wirtschaft & Arbeit

Das Thema Wirtschaft hat aus zwei Gründen eine sehr hohe Relevanz für die Menschen in Rheinland-Pfalz: erstens wegen des Angebots und der Qualität von Arbeitsplätzen im Bundesland und zweitens wegen der Steuereinnahmen für die lokale öffentliche Infrastruktur.

Das ist bemerkenswert, denn aus anderen, allgemeinen Studien ist bekannt, dass Wähler_innen in aller Regel lediglich über das Angebot und die Qualität von Arbeitsplätzen sprechen. In der vorliegenden Studie wird allerdings auch über Steuereinnahmen, die in die lokale öffentliche Infrastruktur fließen (könnten), diskutiert. Das kann als weiterer Beleg dafür gesehen werden, dass die angespannte Haushaltslage des Landes salient ist.

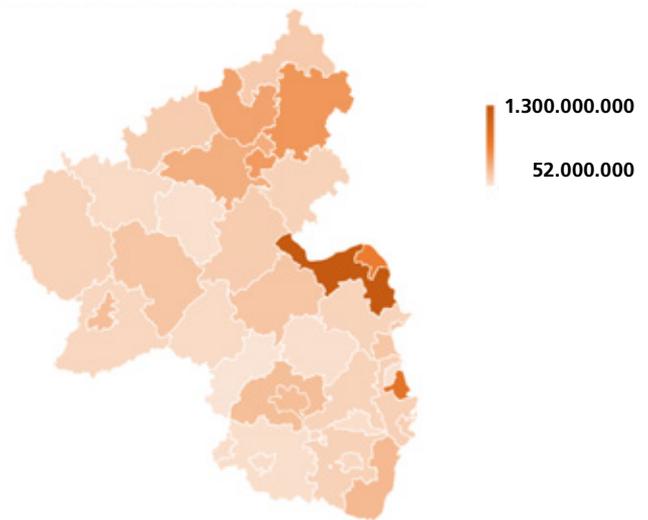
Insgesamt wird Rheinland-Pfalz wirtschaftlich als „Mittelklasse“-Land eingeschätzt: Zwar stehe man besser da als einige andere Bundesländer, mit Spitzenländern wie Bayern, aber auch Nachbarländern wie Baden-Württemberg und Hessen könne man aber nicht mithalten.

Rheinland-Pfalz ist mittelständisch geprägt: Bis auf wenige Ausnahmen wie BASF in Ludwigshafen, Daimler in Wörth/Germersheim oder Boehringer Ingelheim seien in vielen Teilen des Landes keine Großkonzerne bzw. Großindustrie zu finden. Hier zeigt sich die regional unterschiedliche wirtschaftliche Situation des Landes. Während die genannten großen Unternehmen allesamt im Süden des Landes zu finden sind, ist der Großteil des Landes mittelständisch oder landwirtschaftlich geprägt. Dieses Ungleichgewicht führt unter anderem auch zu unterschiedlich hohem Gewerbesteueraufkommen in den Kommunen und stellt für die politische Handlungsfähigkeit eine besondere Herausforderung dar.

Die Menschen in Rheinland-Pfalz sehen in dieser Unterschiedlichkeit oder Vielfalt Chancen und Risiken zugleich: Einerseits bringen große Unternehmen mit vielen Arbeitsplätzen und häufig sehr guter Bezahlung Wohlstand für die ganze Region, andererseits gilt der Mittelstand mit seinen Hidden Champions als Rückgrat der Wirtschaft, sodass die Abhängigkeit von einzelnen Unternehmen nicht so groß ist.

Trotz dieser überwiegend mittelständischen Struktur werden sehr starke regionale Unterschiede gesehen. In ländlicheren und vom Strukturwandel betroffenen Regionen bedeutet das für viele Menschen die Notwendigkeit zu pendeln, oft auch über die Bundes- oder Landesgrenzen hinaus (zum Beispiel Hessen, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Luxemburg), vor allem für höher qualifizierte Arbeitnehmer_innen

Abbildung 17
Summe der Gewerbesteuereinnahmen (netto) in Euro
im Zeitraum 2015–2019



Unterstützt von binz; © microsoft tomtom

innen und besser bezahlte Arbeitsplatzangebote. Teilweise kann sich die wirtschaftliche Situation nur wenige Kilometer weiter schon ganz anders darstellen, je nachdem, ob dort ein erfolgreiches Unternehmen angesiedelt ist oder nicht, sodass sich die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Situation selbst innerhalb eines Raumtyps teilweise deutlich unterscheidet.

Das zeigt sich besonders an den Standorten von Deutschlands solider Mitte in Rheinland-Pfalz. Im Umkreis von Altenkirchen und Neuwied gibt es zwar laut den Teilnehmer_innen gute Arbeitsplätze, allerdings muss man dafür häufig eine gewisse Fahrtzeit in Kauf nehmen (in Neuwied zum Beispiel nach NRW, Koblenz oder in den Westerwald, in Altenkirchen nach NRW oder Hessen). Vor Ort finden sich eher kleinere und mittelständische Betriebe. Die Verkehrsinfrastruktur in diesen Regionen ist allerdings nicht auf Berufspendler_innen ausgelegt und beeinflusst die Lebensqualität der Menschen negativ.

.....
„Wir haben nicht die großen Firmen, aber Zulieferer, die Innovationen bringen. Ich kenne auf Anhieb mehrere Firmen, die Software in die Luftfahrtbranche liefern, Inneneinrichtungen usw. Hier gibt es Schreinereien, die auf sämtlichen großen Kreuzfahrtschiffen den Innenausbau machen. Das sind mehr kleinere Firmen, nicht Riesenkonzerne.“
 (Altenkirchen)

„Man kann hier sein Glück finden, auch wenn man vielleicht länger fahren muss. Es gibt genug Jobs, man ist schnell im Westerwald, da sind auch Firmen ansässig. [...] Wenn man in der tiefsten Eifel ist, Dörfer mit zwei, drei Häusern, die haben es deutlich schwerer als wir hier.“ (Neuwied)

In Kusel und Rhein-Lahn schätzen die Menschen die wirtschaftliche Lage und Arbeitsplatzsituation deutlich schlechter ein. Die Teilnehmer_innen berichten, dass es insgesamt nur wenige ortsansässige Firmen gebe und deshalb vor allem die Jüngeren und besser Qualifizierten häufig in Städte zögen. Da deren Kaufkraft fehle, müssten Geschäfte vor Ort schließen, was die Situation verschärfe.

„Allgemein im Kreis Kusel, da schließen Geschäfte, die Bürger haben weniger Möglichkeiten, in Kusel selbst zu arbeiten. Es bleibt nur pendeln.“ (Kusel)

„In der Ortschaft haben viele Sachen geschlossen. Ich hatte einen Nebenjob bei der Bäckerei und die hat zugemacht. Ich habe einen Hauptschulabschluss und komme nicht viel herum.“ (Rhein-Lahn)

Auch in den städtisch geprägten Regionen im andauernden Strukturwandel können Unterschiede in der Wahrnehmung der Teilnehmer_innen festgestellt werden. In Trier und Kaiserslautern berichten die Menschen davon, dass früher vor Ort ansässige Industrie weggebrochen sei und bis heute keine gleichwertigen Angebote entstanden seien. Hier gilt der Strukturwandel als nicht geglückt.

In Kaiserslautern wird allerdings die Entwicklung zu einem Wissenschaftsstandort in der Informationstechnologie (Technologiepark, Fraunhofer-Institut, Technische Universität) sehr positiv gesehen. In Trier bietet das nur wenige Kilometer entfernte Luxemburg attraktive Jobmöglichkeiten für Pendler_innen.

„Wirtschaftlich gibt es außer in Luxemburg keine großen Arbeitgeber. Man kann nach Luxemburg gehen, aber wo ist die nächste große Stadt? Man muss zwei Stunden fahren, damit man in Köln oder Frankfurt ist. Es kommen zwar einige Studenten nach Trier, aber viele bleiben nicht, weil es hier nicht so viele Arbeitsmöglichkeiten gibt.“ (Trier)

„Es ist nicht die finanzstärkste Region. Industrie gab es früher mal. Kaiserslautern ist nicht die attraktivste Region.“ (Kaiserslautern)

In Ludwigshafen wird die Situation ganz anders wahrgenommen. Auch wenn die Stadt hoch verschuldet ist, beschreiben die dort lebenden Menschen der Metropolregion Rhein-Neckar mit vielen großen Arbeitgebern hervorragende Chancen. Einerseits sind die Wege nach Baden-Württemberg und in die Schwesterstadt Mannheim kurz, andererseits gibt es mit der in Ludwigshafen ansässigen BASF, dem größten Chemiekonzern der Welt, und weiteren Chemie- und Pharmaunternehmen viele gut bezahlte Arbeitsplätze für ausgebildete Fachkräfte vor Ort.

„In meinem Umfeld kenne ich niemanden, der über [einen] längeren Zeitraum arbeitslos war. Gerade in Ludwigshafen oder in [der] Rhein-Neckar-Region. Wenn arbeitslos, dann mal für zwei, drei Tage. In der Metropolregion findet man sehr schnell einen Job.“ (Ludwigshafen)

In Mainz, Koblenz und Landau berichten die Menschen von einer sehr guten wirtschaftlichen Situation und einem starken Arbeitsmarkt. In Koblenz wird angemerkt, dass die Stadt für hoch spezialisierte Berufe etwas zu kleinstädtisch sei. In Mainz (Frankfurt, Wiesbaden) und Landau (Karlsruhe) gibt es zusätzlich zum Arbeitsplatzangebot vor Ort die Möglichkeit, in weitere wirtschaftlich starke Regionen zu pendeln.

„Wer sagt, er bekommt keine Arbeit, da muss ich hinterfragen, woran es liegt. Wenn ich Arbeit gesucht habe, habe ich eine bekommen. Ich glaube nicht, dass das Thema Arbeit in Rheinland-Pfalz ein Thema ist. Es gibt genug Stellen, die besetzt werden können, wenn die Leute wollen würden.“ (Mainz)

„Das schätze ich nicht schlecht ein. Corona hat das Ganze ein bisschen eingedämmt, aber an sich ist viel gegeben. Wenn man da arbeiten möchte, kann man das wahrscheinlich auch.“ (Landau)

„Man kann Koblenz nicht mit München vergleichen, das ist schon ein Abstieg.“ (Koblenz)

Abbildung 18

Zusammenfassung Wirtschaft & Arbeit

Die Möglichkeit, einen Arbeitsplatz zu finden, wird also nicht in ganz Rheinland-Pfalz als gleich gut eingeschätzt, vor allem wenn es um „gute Arbeit“ geht. Neben der Bezahlung spielen für die Rheinland-Pfälzer_innen die Work-Life-Balance, das Kollegium und die Pendelzeit und -art eine Rolle. Während Work-Life-Balance und Kollegium nichts ist, worauf die Landespolitik Einfluss hat, sehen die Rheinland-Pfälzer_innen in Bezug auf Bezahlung (durch ein großes Arbeitsplatzangebot) und Pendelverkehr (durch Infrastrukturausbau und Preispolitik) aber sehr wohl eine politische Steuerungsmöglichkeit und formulieren klare Erwartungen an die Landespolitik: Wirtschaftsförderung, beispielsweise durch aktives Bemühen um die Ansiedlung von Technologiezentren und Start-ups, insbesondere aber in Hinblick auf den Ausbau der Infrastruktur.

7.3 Infrastruktur & Mobilität

Auch bei der Einschätzung der lokalen Infrastruktur und regionaler Mobilitätsangebote zeigen sich deutliche Unterschiede. In städtischen Regionen wird der öffentliche Nahverkehr als befriedigend bis gut, in ländlichen Gebieten als praktisch nicht vorhanden beschrieben. In ländlichen Regionen wird hierfür allerdings nicht zwingend der Politik die Schuld gegeben. Es wird anerkannt, dass die Kosten eines dichten und eng getakteten Netzes an öffentlichen Verkehrsmitteln, das nötig wäre, um den Individualverkehr adäquat zu ersetzen, in keinem Verhältnis zu seinem Nutzen stünden.

In den kleineren Orten bzw. ländlicheren Regionen, darunter Altenkirchen, Neuwied, Kusel, Rhein-Lahn, aber auch Landau und Rheinhessen, herrscht der Eindruck vor, dass man auf das Auto angewiesen ist, um mobil zu sein. Ein Umstieg auf den ÖPNV ist für viele aktuell nicht attraktiv und es wird bezweifelt, dass der ÖPNV in ländlichen Regionen so stark ausgebaut werden könnte, dass auf das eigene Fahrzeug verzichtet werden kann. Auch wenn der Ausbau von öffentlichem Nahverkehr deshalb grundsätzlich auf große Zustimmung trifft, ist es für viele Menschen dort wichtig, dass der Individualverkehr weiter unterstützt wird.

.....

„Ich gehöre zum VRN-Tarifgebiet, das ist riesig. Man kann richtig weit fahren. Nach Baden-Württemberg, Würzburg, das ist unschlagbar. Aber ich muss aus dem Dorf wegkommen. Da fährt um 13:00 Uhr am Samstag der letzte Bus, am Montag geht es weiter. Die kleinen Dörfer müssen besser angebunden sein, so braucht man ein Auto, sonst kommt man nicht raus.“ (Trier)

.....

Aber auch in Städten mit funktionierendem ÖPNV wie Mainz und Koblenz fällt es vielen Menschen schwer, auf das eigene Auto zu verzichten. Das liegt vor allem daran, dass man den Eindruck hat, dass die Verbindungen in andere Regionen und in das Umland zu schlecht und zu teuer sind. Da die öffentlichen Verkehrsmittel für die Fahrten ins Umland häufig keine attraktive Alternative seien, würden sehr viele mit dem

eigenen Fahrzeug fahren, was wiederum zu Stau und weiterem Ärger führe. Der Verzicht auf das eigene Auto wird verbunden mit eingeschränkter Flexibilität und eingeschränkter sozialer Teilhabe. Die Befürchtung ist groß, dass der Verzicht auf das eigene Auto sich negativ auf die eigene Lebenszufriedenheit auswirke.

.....

„Bei mir müssen viele Schüler mit dem Auto zur Schule fahren, weil keine öffentliche Verkehrsanbindung funktioniert. Wenn man mit dem Auto in Koblenz reinfährt, steht man immer im Stau. Die Schüler kommen regelmäßig zu spät, es gibt keine Parkplätze. Was sollen sie machen, es gibt keine Busverbindung.“ (Koblenz)

.....

„Ich würde mir schon wünschen, dass die Bustickets günstiger sind. Ich hatte ein Auto. Wenn man rechnet, dass man mit der Familie nach Mainz fährt, was man an Sprit und an Parkhausgebühren zahlt und was Bustickets kosten, da fährt man mit dem Auto.“ (Rheinhessen)

.....

Der Ausbau des ÖPNV steht auf der Prioritätenliste der Teilnehmer_innen weiter oben als Preissenkungen. Ein 365-Euro-Ticket beispielsweise, wie es im Nachbarland Hessen für Schüler_innen und Senior_innen angeboten wird, wird in Rheinland-Pfalz skeptisch gesehen. Ein 365-Euro-Ticket ist eine Zeitkarte, die für umgerechnet einen Euro pro Tag das uneingeschränkte Fahren in einem bestimmten Gebiet ermöglicht. Viele der Teilnehmer_innen sehen in einem solchen Ticket für sich persönlich keinen Mehrwert, wenn es auf das Gebiet von Rheinland-Pfalz beschränkt wäre. Das liegt einerseits daran, dass Rheinland-Pfalz sehr ländlich geprägt ist und deshalb in der Fläche als schlecht erschlossen empfunden wird, andererseits aber auch daran, dass viele Menschen regelmäßig in angrenzende (Bundes-)Länder pendeln und hier nur von größeren Verkehrsverbänden profitieren würden.

.....

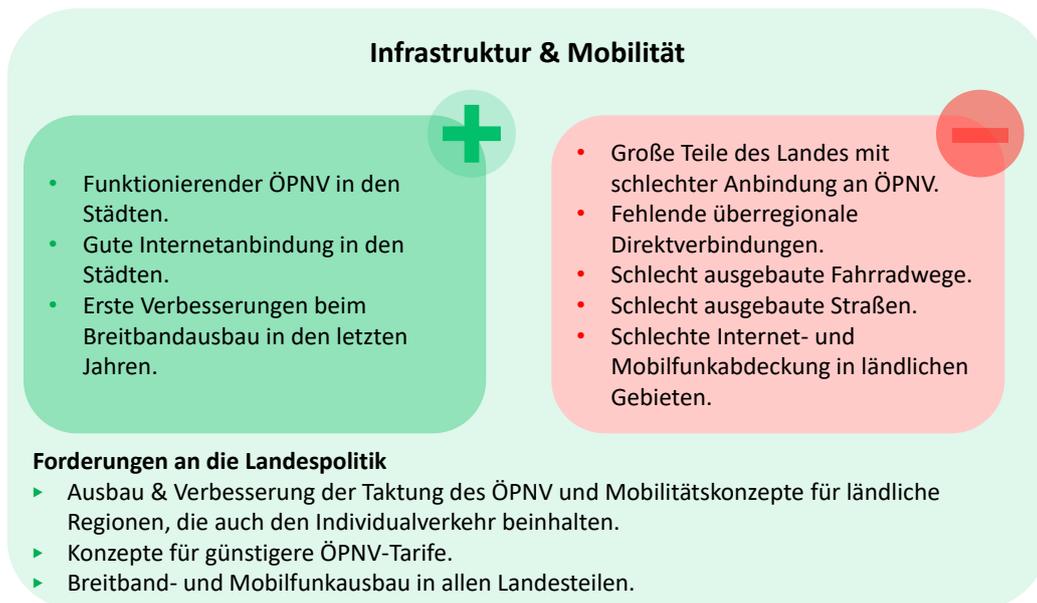
„Ein 365-Euro-Ticket macht für uns nicht viel Sinn, weil es erst mal ausgebaut werden müsste, dass wir überhaupt [die] Möglichkeit haben, jeden Tag mit dem ÖPNV irgendwohin zu kommen. [...] Wenn ich mit dem Bus zu meiner Freundin in den Nachbarort fahre, macht es keinen Sinn, weil ich abhängig von einem Bus bin, der alle drei Stunden fährt. Wenn man alles ausbaut, dann bringt das 365-Euro-Ticket was.“ (Altenkirchen)

.....

Der ÖPNV-Ausbau wird also grundsätzlich begrüßt, man erwartet aber von der Politik nicht, dass die ganze Fläche in hoher Frequenz erschlossen wird. Dennoch bleibt eine der zentralen Zukunftsfragen, wie sich die Verkehrsinfrastruktur an die Bedürfnisse der Menschen anpassen lässt. Noch scheint es keine geeigneten Antworten darauf zu geben, wie die Verkehrsinfrastruktur nicht nur in den Städten und Metropolregionen, sondern in der gesamten Fläche sinnvoll zukunftsfest gemacht werden könnte.

Anders sieht es beim Breitband- und Mobilfunkausbau aus. Beides wird in ländlichen Gebieten, teilweise bereits im Speckgürtel von Städten, als problematisch angesehen. Auch wenn in einigen Gebieten von deutlichen Verbesserungen in den letzten Jahren berichtet wird (zum Beispiel Altenkirchen und Neuwied), wird die klare Erwartung an die Politik formuliert, den Ausbau in der Fläche zu beschleunigen. Sowohl der Glasfaser- als auch der 5G-Ausbau gelten vor dem Hintergrund der Digitalisierung als unerlässlich für die Zukunftsfähigkeit der ländlichen Gebiete: einerseits damit sich Firmen ansiedeln bzw. weiterhin vor Ort arbeiten können, andererseits weil eine schnelle Internetverbindung zur Grundversorgung gezählt wird und deshalb unerlässlich ist, um der Landflucht vorzubeugen. Damit ein Wohnort für die Menschen attraktiv bleibt, müsse eine stabile und schnelle Internetanbindung vorhanden sein, sonst, so die Einschätzung der Rheinland-Pfälzer_innen, zögen die Menschen in die Städte. Selbst bei funktionierendem ÖPNV-Angebot gilt Pendeln derzeit als unattraktiv, weil die Fahrtzeit aufgrund der mangelhaften Mobilfunkabdeckung nicht effektiv genutzt werden kann.

Abbildung 19

Zusammenfassung Infrastruktur & Mobilität**7.4 Wohnen**

Die große Disparität in Rheinland-Pfalz schlägt sich auch beim Thema Wohnen deutlich nieder. Hier ist vor allem ein Stadt-Land-Gefälle zu beobachten: In den Städten, die Deutschlands solider Mitte in Rheinland-Pfalz zugeordnet werden, ist ausreichend bezahlbarer Wohnraum vorhanden. Politische Maßnahmen zur Regulierung von Mieten werden hier nicht gefordert, weil Mieten erschwinglich und Eigentum für die Mittelschicht bezahlbar seien. Vor allem in Altenkirchen und Neuwied wird der Immobilienmarkt deshalb sehr positiv eingeschätzt.

„Für viele ist es möglich, sich ein eigenes Haus zu leisten, was in Großstädten kaum funktioniert. In den Kreis Altenkirchen kommen viele Pendler bis aus Frankfurt, weil es bei uns bezahlbaren Wohnraum gibt.“ (Altenkirchen)

Da in Kusel und Rhein-Lahn hingegen die wirtschaftliche und infrastrukturelle Lage schlechter ist, wird dort sogar eine gegenteilige Entwicklung problematisiert: „Weiße Flecken“ mit schlechter Verkehrs- und Internetanbindung seien für viele Menschen unattraktiv. Die Folge seien Leerstand und eine Entwertung der Immobilien, was für Menschen, die sich Eigentum als Altersvorsorge zugelegt hätten oder erben würden, einem schleichenden Vermögensverlust gleichkomme. Hier gibt es klare Forderungen nach politischem Handeln:

Es wird erwartet, dass strukturschwächere Regionen stärker unterstützt werden und dieser Abwärtstrend durch Infrastrukturmaßnahmen und Wirtschaftsförderung gestoppt wird.

„Es hat seinen Grund, dass Wohnraum leer steht. Es ist ein Zeichen der Landflucht, ich kriege Wohnraum günstig.“ (Kusel)

In den dynamischen Groß- und Mittelstädten sowie den städtisch geprägten Regionen im andauernden Strukturwandel wie Mainz, Landau, Ludwigshafen und selbst im wirtschaftlich schwächeren Trier wird hingegen berichtet, dass die Miet- und Immobilienpreise stark gestiegen seien und Wohnraum auch für Angehörige der Mittelschicht kaum bezahlbar sei. Eine Entlastung durch das Instrument der Mietpreisbremse wird nicht wahrgenommen, manche befürchten sogar, dass das Problem dadurch eher verschärft werde, weil es Investor_innen vom dringend notwendigen Neubau abhalte. Nur im Umland der genannten Städte wird zum Teil noch die Möglichkeit gesehen, günstig zu wohnen und trotzdem noch an die Infrastruktur der Stadt angeschlossen zu sein. In diesen angespannten Wohnungsmärkten wird deshalb ein gänzlich anderer Handlungsbedarf als in den ländlichen Regionen gesehen: Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, sowohl durch private Investor_innen als auch durch die öffentliche Hand, sozialer Wohnungsbau, Bebauung ungenutzter Flächen und Nutzung leer stehender Gebäude (zum Beispiel Kasernen), aber auch eine wirksamere staatli-

che Mietpreisregulierung. Wie diese konkret aussehen soll, bleibt allerdings unklar. Aus Sicht der betroffenen Rheinland-Pfälzer_innen ist hier die Politik gefragt, effektivere Instrumente zu entwickeln.

.....
„Der Wohnungsmarkt in Landau ist eine Katastrophe. Ich versuche seit drei, vier Jahren eine Wohnung zu kaufen, aber es gibt keine oder sie sind zu teuer.“
 (Landau)

.....
„Ich habe über ein halbes Jahr gesucht, um etwas zu finden, weil ich alleinerziehend bin. Es muss ja bezahlbar sein. Man sieht immer häufiger, dass Familien mit drei Kindern in einer Zweizimmerwohnung wohnen, weil es finanziell nicht anders geht.“ (Mainz)

.....
„Wir suchen seit zwei Jahren! Wir wohnen zurzeit mit fünf Personen in einer Dreizimmerwohnung im Dachgeschoss. Es wird langsam sehr eng, je älter meine Kinder werden. Man findet nichts. Die Preise sind viel zu teuer. Hier in Ludwigshafen zahlst du 1.200 Euro für eine Vierzimmerwohnung. Das kann sich kein normaler Mensch mit Durchschnittslohn mehr leisten.“ (Ludwigshafen)

7.5 Gesundheit

Auch bei der Gesundheitsversorgung zeigen sich große Unterschiede im Bundesland, erneut sehen die Rheinland-Pfälzer_innen vor allem Unterschiede zwischen urbanen und eher ländlich geprägten Gegenden.

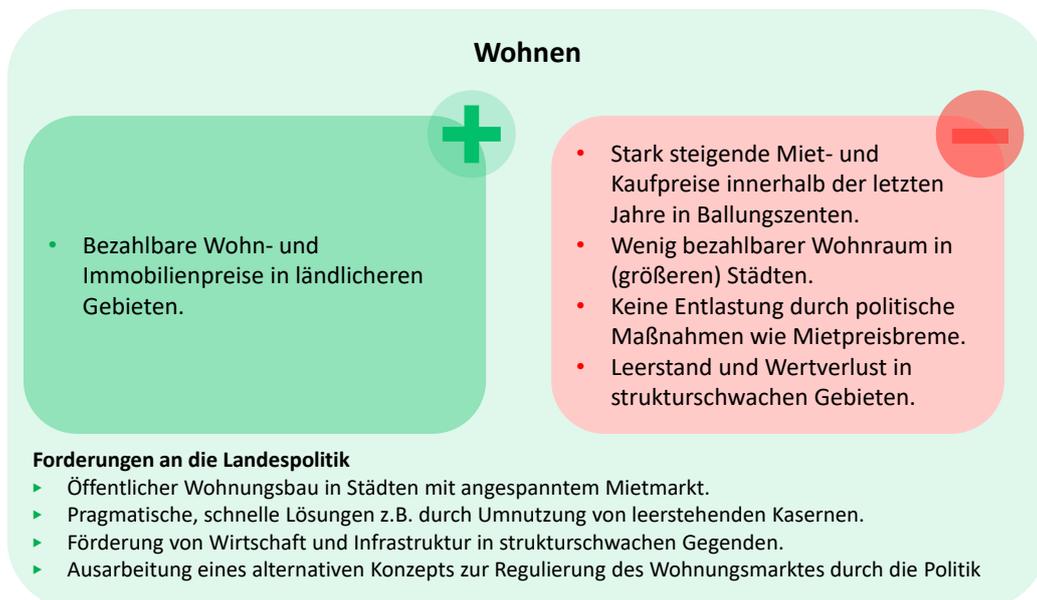
.....
„Die gesundheitliche Versorgung ist kein Problem in der Stadt, sondern wenn man etwas weiter rausgeht. Da ich in der Stadt wohne, betrifft es mich nicht.“ (Kaiserslautern)

In den städtischen Regionen, sowohl denen im andauernden Strukturwandel als auch in den Groß- und Mittelstädten mit Exklusionsgefahr, wird die lokale Gesundheitsversorgung in der Regel als gut empfunden. Es gebe ein ausreichendes Angebot an Hausärzt_innen sowie Krankenhäusern. Teilweise werden Probleme in der Versorgung durch bestimmte Fachärzt_innen oder Hebammen gesehen.

.....
„Hausärzte gibt es wie Sand am Meer.“ (Ludwigshafen)

.....
„Es ist schwer, einen Kinderarzt zu finden. Vor der Geburt muss man die Kinderärzte abtelefonieren, dass man einen Platz bekommt.“ (Koblenz)

Abbildung 20
Zusammenfassung Wohnen



Aber bereits in den kleineren Städten werden Probleme gesehen. Mit Ausnahme von Neuwied berichten alle Gruppen in den Städten, die Deutschlands solider Mitte in Rheinland-Pfalz zugerechnet werden, dass die ärztliche Versorgung bereits heute unzureichend sei oder sich in den nächsten Jahren zum handfesten Problem entwickeln werde. Viele beobachten, dass sich die Ärzt_innen vor Ort häufig schon im höheren Alter befinden, und befürchten, dass es keine Nachfolge geben werde, wenn sie in den Ruhestand gehen. In Kusel und Rhein-Lahn wird sowohl die Versorgung mit Haus- als auch mit Fachärzt_innen als schlecht bewertet.

„Bei den Fachärzten sieht es noch bitterer aus. Man wartet ein halbes Jahr oder fährt nach Kaiserslautern.“ (Kusel)

„Bei uns im Ort gibt es noch Hausärzte, aber die werden in den nächsten Jahren immer weniger, weil sie ins Rentenalter kommen.“ (Altenkirchen)

Da die Versorgung in kleineren Städten und ländlicheren Gebieten häufig ohnehin schon problematisch erscheint, bedeutet die Schließung kleiner Krankenhäuser für viele, dass ganze Regionen keinen schnellen Zugang zu notärztlicher Versorgung mehr haben. Die Bewohner_innen größerer Städte fühlen sich auch hier gut aufgestellt.

„In Koblenz ist es so, dass man sich das Krankenhaus aussuchen kann, wohin man geht.“ (Koblenz)

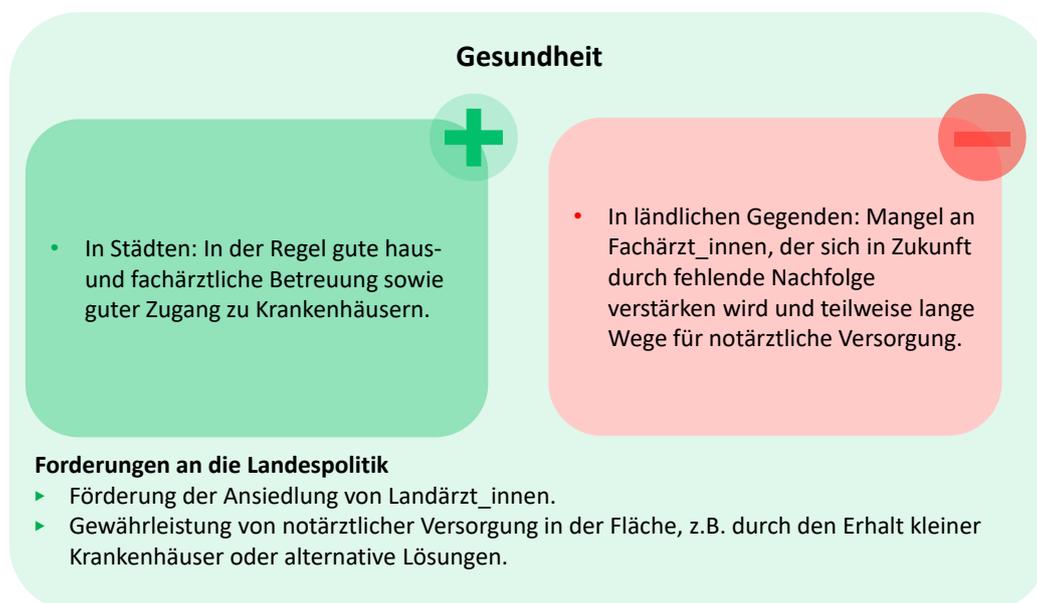
„Was mich als ehemaligen Großstädter stört, ist die eingeschränkte Infrastruktur. Die ärztliche Versorgung ist ins Hintertreffen geraten. Vor ein paar Jahren ist der Notarzt hier weggekommen, und das in einer Bäderstadt. Wir haben fast 40 km einfache Strecke, bis der Notarzt da ist.“ (Rhein-Lahn)

Von der Landespolitik wird im Hinblick auf die gesundheitliche Versorgung vor allem erwartet, den Zugang auch in ländlichen Regionen zu verbessern und/oder für die Zukunft zu gewährleisten. Neben der Förderung von Landärzt_innen erhofft man sich innovative Ideen, wie im ländlichen Raum die Basis- und Notfallversorgung sichergestellt werden kann, und ist für pragmatische Lösungen offen (zum Beispiel die Versorgung in Kasernen durch die Bundeswehr).

An eine schnelle Kehrtwende glauben viele indes nicht, selbst wenn die Politik sofort umsteuern würde, da die Ausbildung der benötigten Ärzt_innen mehrere Jahre dauert.

„An den Unis haben sich die Aufnahmebedingungen geändert und dann werden junge Ärzte, die bereit sind, in Hausarztpraxen zu kommen, subventioniert. Aber es sind im Moment keine da. Die Arztausbildung dauert zehn Jahre. Wir haben nicht genug.“ (Rhein-Lahn)

Abbildung 21
Zusammenfassung Gesundheit



7.6 Umweltschutz & Klima

In der Diskussion über Themen in Rheinland-Pfalz spielen Umweltschutz und Klimapolitik eine untergeordnete Rolle. Nicht, weil sie in Rheinland-Pfalz keine Relevanz haben oder Klimaschutz den Menschen unwichtig ist, sondern weil man bei Landespolitik an andere Bereiche wie Wirtschaft oder Bildung denkt. Die Klimapolitik wird auf der Bundesebene verortet, die Umsetzung auf der Kommunalebene.

Im Umwelt- und Klimaschutz gilt Rheinland-Pfalz nicht als Vorreiter. Konkrete Maßnahmen oder Ziele der Landespolitik sind in der Regel nicht bekannt.

.....
„Auf Bundesebene wird genauso wenig getan. [...] Aber warum nimmt sich Rheinland-Pfalz nicht vor, [eine] Vorreiterrolle zu übernehmen? [...] Da könnte man enttäuscht sein von Rheinland-Pfalz. Sie sind zu wenig motiviert, Vorreiter zu sein.“
 (Altenkirchen)

.....
„Es ist kaum bekannt, welche Fördermittel es für erneuerbare Energien wie Photovoltaikanlagen gibt. Das wird von der Landesregierung viel zu wenig publik gemacht. Vielleicht weil sie zu wenig Geld haben.“ (Rhein-Lahn)

Registriert wird teilweise, dass in Rheinland-Pfalz erneuerbare Energien und die E-Mobilität ausgebaut wurden.

.....
„Die Windkraft nimmt immer mehr zu. Die Räder sieht man immer mehr um Landau rum.“ (Landau)

.....
„Ich habe mitbekommen, dass E-Ladesäulen in Rheinland-Pfalz gefördert werden, ich finde es nicht schlecht.“ (Kusel)

Bei der Bewertung der Umwelt- und Klimaschutzpolitik wird häufig ein regionaler Bezug hergestellt, etwa wenn im Umfeld Windräder stehen oder es kleinere Klimaschutzprojekte gibt. In Trier wird besonders die Situation des nur etwa 50 km entfernten Atomkraftwerks Cattenom beobachtet, das immer wieder mit Sicherheitsmängeln und kleineren Störfällen aufgefallen ist.

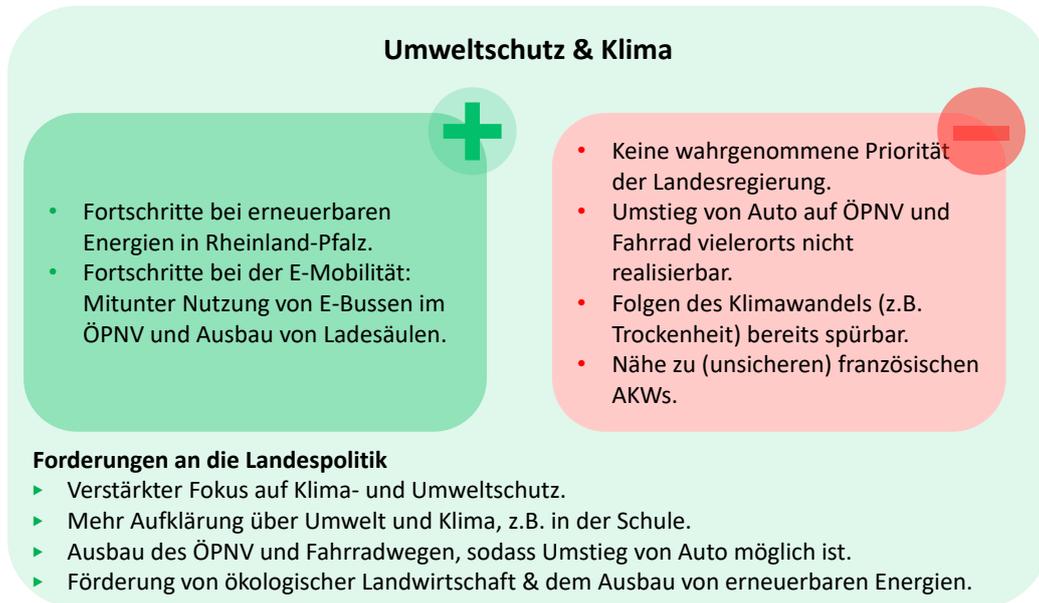
.....
„In Mainz gab es die Idee, die komplette Rheinallee auf 30 zu drosseln wegen CO₂-Ausstoß.“ (Mainz)

.....
„Ich glaube, in Kaiserslautern gibt es einen E-Bus, sonst fällt mir nichts ein.“ (Kaiserslautern)

.....
„Das französische Atomkraftwerk Cattenom. Da müsste die Landesregierung mehr machen, dass das abgeschaltet wird. Es ist gefährlich für alle in der Region, auch für die Luxemburger und Saarländer.“ (Trier)

Insgesamt bewegen die Themen Umwelt- und Klimaschutz viele Rheinland-Pfälzer_innen, auch weil die Folgen des Klimawandels (zum Beispiel durch die Trockenheit der vergangenen Sommer) bereits heute für viele unmittelbar vor Ort spürbar sind. Auch wenn sie die Hauptkompetenz nicht der Landespolitik zuordnen, so wünschen sie sich doch ein stärkeres Engagement der Landesregierung bei den Themen Umweltschutz und Nachhaltigkeit, etwa durch den Ausbau von öffentlichem Verkehr und Fahrradwegen, aber auch die Förderung ökologischer Landwirtschaft und den verstärkten Ausbau erneuerbarer Energien.

Abbildung 21

Zusammenfassung Umweltschutz & Klima

8.

FAZIT

Die Fokusgruppen in elf Regionen von Rheinland-Pfalz zeigen, dass den Bürger_innen die regionalen Ungleichheiten sehr präsent sind. Die Menschen haben den Eindruck, dass es einen großen Unterschied macht, in welchem Teil des Bundeslands man lebt.

Insgesamt positives Bild, aber von der Landespolitik wird in der Zukunft Innovationskraft erwartet

Trotz dieser Unterschiede leben die Menschen in allen untersuchten elf Regionen sehr gerne in Rheinland-Pfalz. Das liegt in erster Linie an der Mentalität und Lebensfreude der Menschen und dem intakten sozialen Zusammenhalt.

Aber auch mit der Landespolitik sind die Menschen im Großen und Ganzen zufrieden. Die Landesregierung wird als seriös, ruhig und besonnen wahrgenommen und habe das Bundesland mit dieser Art gut durch die erste Phase der Corona-Pandemie geführt.

Da die Menschen aber erleben, dass sich Rheinland-Pfalz im wirtschaftlichen und strukturellen Wandel befindet, fordern sie von der Politik Konzepte für die Fragen der kommenden Jahre und Jahrzehnte:

- Wie kann das Bildungssystem so organisiert werden, dass Kinder auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet werden?
- Wie kann in Rheinland-Pfalz gewirtschaftet werden, damit die Menschen vor Ort davon profitieren, ohne dass die Umwelt leidet?
- Wie kann klimafreundliche Mobilität im Flächenland Rheinland-Pfalz funktionieren?
- Wie kann man sicherstellen, dass Wohnen in manchen Gegenden nicht zum Luxus wird, während andere Gegenden aussterben?

- Wie kann eine gute gesundheitliche Versorgung in ländlichen Regionen aufrechterhalten werden?
- Was kann auf lokaler und regionaler Ebene getan werden, um den Klimawandel zu stoppen?

Die Menschen erwarten sich von der Landespolitik mehr als die bisherigen Antworten. Sie erwarten innovative Ideen, wie diesen Herausforderungen begegnet werden kann.

Strukturschwächere Regionen erwarten Unterstützung

In der Studie zeigt sich, dass die regionalen Unterschiede ein hochrelevantes Thema für die Menschen in Rheinland-Pfalz sind. Ein Großteil der Probleme, die von den Menschen lokal und landesweit thematisiert werden, geht auf diese Disparitäten zurück:

- Während Eltern in allen Landesteilen von der Beitragsbefreiung profitieren, ist das Angebot an Kinderbetreuungsplätzen in der Wahrnehmung der Eltern regional noch sehr unterschiedlich.
- Neben wirtschaftlich starken Regionen gibt es auch solche, die sich mitten im Strukturwandel befinden und/oder ein schwaches Arbeitsmarktangebot haben.
- In urbanen Gegenden ist die Infrastruktur lebensnah aufgebaut, in vielen ländlicheren Gebieten mangelt es aber an öffentlichen Verkehrsangeboten und digitalem Ausbau.
- In wirtschaftlich starken Ballungszentren steigen die Mieten und Immobilienpreise, während andere Regionen von Leerstand und Landflucht betroffen sind.
- Die Gesundheitsversorgung wird in ländlichen Regionen heute schon als problematisch empfunden, eine Verschärfung des Ärztemangels wird befürchtet.

Menschen, die in strukturschwächeren Gebieten leben, wünschen sich deshalb mehr Unterstützung, damit ihr Wohnort lebenswert bleibt. Aber auch Menschen, die in strukturstarken Gegenden leben, erwarten von der Politik, diese Probleme zu adressieren. Das liegt zum einen daran, dass das Auseinanderklaffen der Lebensverhältnisse nicht ihrem Gerechtigkeitsempfinden entspricht, zum anderen daran, dass sie sich durch eine Aufwertung der strukturschwachen Regionen positive Effekte für das gesamte Land erwarten – etwa durch steigende Steuereinnahmen oder durch eine Entlastung für die Städte, in denen die hohen Mietpreise zum sozialen Problem werden.

Es werden innovative Konzepte erwartet, um Stadt-Land-Unterschiede zu verringern

Den Menschen ist klar, dass gerade die Infrastrukturthemen mit der Besiedlungsdichte zusammenhängen und engmaschige Verkehrs- und Kommunikationsnetze sowie umfassende Gesundheitsversorgung in städtischen Regionen leichter aufzubauen und zu unterhalten sind. Deshalb erwarten die Menschen nicht, dass sie auf dem Land die gleiche Versorgung haben wie in der Stadt – niemand erwartet etwa ein Busnetz, das kleinste Dörfer im 10-Minuten-Takt anbindet. Sie erwarten aber, dass die Politik sich innovative Konzepte überlegt, um das Stadt-Land-Gefälle zu verringern. Und sie erwarten, dass die Politik auch auf dem Land die Grundversorgung gewährleistet. Strom-, Wasser- und Straßenanschluss werden dafür nicht als ausreichend angesehen. Im Jahr 2020 gehört für die Menschen der Zugang zu schnellem Internet dazu, sei es mobil oder per Breitband. Auch die medizinische Notfallversorgung gilt als besonders wichtig, weshalb die potenzielle Schließung kleiner Krankenhäuser sehr kritisch gesehen wird. Auch hier könnten innovative Konzepte (zum Beispiel mobile Versorgung) die Lebenszufriedenheit der Menschen verbessern.

Es wird ein verstärkter Fokus auf die Bildungspolitik erwartet

Es gibt ein Thema, das regionenübergreifend sehr ähnlich diskutiert wurde: die Schulpolitik. Unabhängig vom Wohnort wünschen sich die Menschen, dass die Landespolitik das Thema Schulbildung stärker in den Fokus nimmt. Man hat den Eindruck, das Schulsystem sei unterfinanziert. Als größtes Problem gilt der Mangel an Lehrer_innen, da Lehrkräfte in anderen Bundesländern besser bezahlt würden und abwanderten. Aber auch die Ausstattung der Schulen, insbe-

sondere mit einer funktionierenden Digitalstruktur, wird beklagt. Die Teilnehmer_innen der Fokusgruppen erwarten, dass die Schulen fit für die Zukunft gemacht werden und dafür moderne Lehrmittel und ausreichendes, gut qualifiziertes Lehrpersonal bekommen.

Zunehmende regionale Unterschiede machen regionale Ansprache notwendig

Die großen regionalen Unterschiede erfordern nicht nur bei den Politikgehalten einen regionalen Fokus, sondern auch bei Angeboten zur politischen Kommunikation und politischen Bildung. Politische und gesellschaftliche Akteur_innen müssen sich darauf einstellen, dass sich die Unterschiede in den Lebensrealitäten der Menschen in Rheinland-Pfalz weiter verschärfen werden. Wie die Studie zeigt, gibt es Menschen, die sich vergessen fühlen und für die die Mainzer Politik sehr weit weg ist. Man kann nicht darauf hoffen, dass die Menschen nach Mainz kommen und sich für Landespolitik interessieren, sondern sollte die Leute im Wortsinn da abholen, wo sie sind. Das hat verschiedene Implikationen:

Erstens die Veranstaltungsorte: Politische Bildung sollte regional angeboten werden.

Zweitens die Themenwahl: Die Wahl der Themen sollte davon abhängen, mit welchen Problemfeldern die Menschen vor Ort konfrontiert sind. Die Ansiedelung von Industrieunternehmen wäre beispielsweise für die Menschen in Kaiserslautern ein großes Anliegen, 50 km weiter östlich in Ludwigshafen spielt sie kaum noch eine Rolle.

Drittens die Problemlagen innerhalb der einzelnen Themenfelder: In Mainz stellt sich die soziale Frage beim Thema Wohnen komplett anders als etwa in Kusel. Während hier die Normalverdienenden Angst haben, sich das Wohnen in der Stadt nicht mehr leisten zu können, besteht dort die Sorge vor Landflucht und Immobilienleerstand.

Und viertens der Ansprachekanal: Präsenzveranstaltungen sind wichtig, auch um einen informellen Austausch zu fördern. Gleichzeitig werden digitale Formate immer wichtiger. Gerade die Corona-Zeit, in der viele Veranstaltungen und Aktivitäten online stattfanden, legte den Finger in die Wunde. Nicht überall ist die digitale Infrastruktur für Online-Konferenzen und Ähnliches ausgelegt. Dieser Handlungsbedarf hat sich in dieser Studie ganz praktisch bestätigt: Einzelne Teilnehmer_innen konnten sich mangels eines stabilen Netzes nur telefonisch zuschalten.

Literatur

- Arnold, D.; Butschek, S.; Steffes, S.; Müller, D. (2015): Digitalisierung am Arbeitsplatz. Forschungsbericht 468. Forschungskoooperation des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS).
- Beznoska, M.; Henzte, T. (2019): Die kommunalen Finanzen. In: Hüther, M.; Südekum, J.; Voigtländer, M. (Hrsg.): Die Zukunft der Regionen. Zwischen Vielfalt und Gleichwertigkeit. IW-Studien – Schriften zur Wirtschaftspolitik aus dem Institut der deutschen Wirtschaft. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft.
- Bonin, H.; Gregory, T.; Zierahn, U. (2015): Übertragung der Studie von Frey/Osborne (2013) auf Deutschland, Kurzexpertise, Nr. 57. Mannheim: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung.
- Böckmann, L.; Flückel, S.; Jacobs, M.; Kirsche, T. (2019): Demografischer Wandel in Rheinland-Pfalz. Fünfte regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2017). Bad Ems: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz.
- Demary, V.; Obermüller, F.; Puls, T. (2019): Infrastruktur als Rückgrat von Regionen. In: Hüther, M.; Südekum, J.; Voigtländer, M. (Hrsg.): Die Zukunft der Regionen. Zwischen Vielfalt und Gleichwertigkeit. IW-Studien – Schriften zur Wirtschaftspolitik aus dem Institut der deutschen Wirtschaft. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft.
- Faus, R.; Storks, S. (2019): Das pragmatische Einwanderungsland. Was die Deutschen über Migration denken. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Fink, P.; Hennicke, M.; Tiemann, H. (2019): Ungleiches Deutschland. Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Flieder, O. (2019): Grundwissen Kommunalpolitik. 1. Kommunen in Staat und Gesellschaft. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- infratest dimap (2020): LänderTREND Rheinland-Pfalz September 2020. Online: <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/rheinland-pfalz/laendertrend/2020/september/> [17.09.2020].
- Hartl, M.; Faus, J. (2020): Auf der Suche nach dem verlorenen Dialog. Erkenntnisse einer qualitativen Studie über die fragmentierte Gesellschaft in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Küpper, P. (2011): Auf dem Weg zu einem Grundangebot von Mobilität in ländlichen Räumen – Probleme, Ursachen und Handlungsoptionen. In: Hege, P.; Knapstein, Y.; Meng, R.; Ruppenthal, K.; Schmitz-Veltin, A.; Zakrzewski, P. (Hrsg.): Schneller, öfter, weiter? Perspektiven der Raumentwicklung in der Mobilitätsgesellschaft. 13. Junges Forum der ARL, 13. bis 15. Oktober 2010 in Mannheim. Hannover: Verlag der ARL – Akademie der Raumforschung und Landesplanung.
- Oberst, C.; Kempermann, H.; Schröder, C. (2019): Räumliche Entwicklung in Deutschland. In: Hüther, M.; Südekum, J.; Voigtländer, M. (Hrsg.): Die Zukunft der Regionen. Zwischen Vielfalt und Gleichwertigkeit. IW-Studien – Schriften zur Wirtschaftspolitik aus dem Institut der deutschen Wirtschaft. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft.
- Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2017): Primäreinkommen der privaten Haushalte, je Einwohner in Euro. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz.
- Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2019): Anteil Schulentlassener mit Fachhochschulreife oder allgemeiner Hochschulreife. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz.
- Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2020): Arbeitslosenquote (insgesamt) in den Verwaltungsbezirken. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Februar 2020.
- Sturm, S. (2013): Landespolitik. In: Föderalismus in Deutschland. Informationen zur politischen Bildung Nr. 318/2013. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. Online: <https://www.bpb.de/izpb/159364/landespolitik> [26.08.2020].

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Geographische Repräsentation	6
Abbildung 2: Regionale Ausprägung der Indikatoren	7
Abbildung 3: Besonderheiten der Standorte	7
Abbildung 4: Übersicht der Teilnehmer_innen	7
Abbildung 5: Themen in Trier	8
Abbildung 6: Themen in Kaiserslautern	9
Abbildung 7: Themen in Ludwigshafen	9
Abbildung 8: Themen in Mainz	10
Abbildung 9: Themen in Landau	10
Abbildung 10: Leben in Koblenz	11
Abbildung 11: Themen in Rheinhessen	11
Abbildung 12: Themen in Altenkirchen	12
Abbildung 13: Themen in Kusel	12
Abbildung 14: Themen in Rhein-Lahn	13
Abbildung 15: Themen in Neuwied	13
Abbildung 16: Zusammenfassung Bildung & Familien	22
Abbildung 17: Summe der netto Gewerbesteuereinnahmen in Euro im Zeitraum 2015–2019	23
Abbildung 18: Zusammenfassung Wirtschaft & Arbeit	25
Abbildung 19: Zusammenfassung Infrastruktur & Mobilität	27
Abbildung 20: Zusammenfassung Wohnen	28
Abbildung 21: Zusammenfassung Umweltschutz & Klima	29

Die Autor_innen

Jana Faus

Dipl. Sozialwissenschaftlerin, Geschäftsführerin von pollytix strategic research in Berlin

Matthias Hartl

M. A. Medien und Politische Kommunikation,
Senior Berater bei pollytix strategic research in Berlin

IMPRESSUM:

ISBN 978-3-96250-868-5

Herausgegeben von der
Friedrich-Ebert-Stiftung
Regionalbüro
Rheinland-Pfalz/Saarland
Große Bleiche 18–20
55116 Mainz
Tel.: 06131 96067-0
Fax: 06131 96067-66
www.fes.de/mainz

Verfasser_innen

Jana Faus
Matthias Hartl

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Durchführung der Repräsentativbefragung

pollytix strategic research gmbh
Dolziger Straße 7
10247 Berlin

Lektorat

Dr. Christian Jerger
ad litteras Lektorat & Korrektorat

Gestaltung

Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

Titelfoto

© picture alliance / Romain Fellens | Romain Fellens

Druck

Druckerei Brandt GmbH, Bonn

© Friedrich-Ebert-Stiftung 2021

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie unter:
<https://www.fes.de/mainz>

ISBN 978-3-96250-868-5